

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes

Einbringer: **Fraktion der FDP**

(Drucksache 7/3153)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 11. November 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der FDP

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Mit Urteil vom 21. November 2012 hat der Verfassungsgerichtshof das Thüringer Polizeiaufgabengesetz (PAG) in weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt. Der Verfassungsgerichtshof hatte dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 30. September 2013 eine verfassungsgemäße Neuregelung zu treffen. Entsprechend wurde durch die damalige Landesregierung ein Gesetzentwurf vorgelegt. Die Anhörung im damaligen Gesetzgebungsverfahren ergab, dass dieser Gesetzentwurf viele verfassungsrechtlich bedenkliche Formulierungen und Lücken aufwies. Darunter zählten unter anderem die ungenaue Bestimmung des für die jeweiligen Maßnahmen geforderten Gefahrengrades. Der nicht umfassende Schutz von Berufsheimnisträgern war und ist auch heute noch ebenso Bestandteil der Kritik wie fehlende Richtervorbehalte bei Maßnahmen der heimlichen Erhebung von Daten. Die Oppositionsfraktionen legten Änderungsanträge vor, die diese Mängel zu beheben versuchten. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass ebenfalls eine umfassende und vor allem ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Polizei dieselben Ermittlungsergebnisse erzielen kann, die durch die erweiterten Eingriffsrechte im Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei ermöglicht werden sollen. Insofern ist zunächst eine den Anforderungen an eine gute und umfassende Polizeiarbeit notwendige Ausstattung zu ermöglichen, bevor Einschränkungen von Grundrechten normiert werden.

B. Lösung

Auf Basis dieser Änderungsanträge ist ein erneuter Entwurf einzubringen, der die benannten Mängel behebt. Die heimliche Erhebung von Daten führt immer zu schwerwiegenden Grundrechtseingriffen. Eingriffsbefugnisse müssen daher klar und deutlich normiert werden, das geschützte Rechtsgut und der Grad seiner Gefährdung müssen eindeutig definiert sein. Beispielsweise muss dem von einer heimlichen Datenerhebung Betroffenen ein Anspruch auf Unterrichtung zustehen; Ausnahmen hiervon müssen verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein. Auch ist der Richtervorbehalt bei Maßnahmen des verdeckten Ermittlers und Unterbrechung der Telekommunikation zu normieren. Auch ist zu normieren, wie mit Daten zu verfahren ist, die ohne richterliche Anordnung erhoben worden sind. Der Ausschluss der ausschließlich automatisierten Datenerhebung bei der Wohnraumüberwachung ist auszuschließen. Der Schutz von Berufsheimnisträgern ist ebenso zu verbessern wie der des Kernbereichs privater Lebensgestaltung.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Änderung des Polizeiaufgabengesetzes ist nicht mit Kosten verbunden. Jedoch empfiehlt sich, begleitend finanzielle Mittel für eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Polizei zur Verfügung zu stellen und damit einen Ausgleich zu schaffen. Hierfür sind zumindest 1.110.000 Euro im Einzelplan 03 Kapitel 14 einzuplanen.

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Polizeiaufgabengesetz vom 4. Juni 1992 (GVBl. S. 199), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229), wird wie folgt geändert:

1. In § 12 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort "bestehende" das Wort "konkrete" eingefügt.
2. § 19 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c erhält folgende Fassung:

"c) sie bereits in der Vergangenheit aus vergleichbarem Anlass bei der Begehung von Straftaten oder von Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung angetroffen worden ist und nach den Umständen die Gefahr der alsbaldigen Wiederholung dieser Verhaltensweise besteht, oder

3. Dem § 21 werden folgende Absätze 5 und 6 angefügt:

"(5) Die Polizei kann in Gewahrsam genommene Personen offen mittels Bildübertragung beobachten, soweit dies zu ihrem oder zum Schutz des zur Durchführung des Gewahrsams eingesetzten Personals oder zur Verhütung von Straftaten in polizeilich genutzten Räumen erforderlich ist.

(6) Auf die Beobachtung mittels Bildübertragung und die Bild- und Tonaufzeichnung ist, sofern diese nicht offenkundig ist, in geeigneter Weise hinzuweisen. Bild- und Tonaufzeichnungen sind unverzüglich, spätestens jedoch nach zwei Wochen zu löschen, soweit sie im Einzelfall nicht zur Verfolgung von Straftaten oder von Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung, zur Geltendmachung von öffentlich-rechtlichen Ansprüchen oder nach Maßgabe des § 2 Abs. 2 zum Schutz privater Rechte, insbesondere zur Behebung einer bestehenden Beweisnot, erforderlich sind. Die weitere Verarbeitung darf auch erfolgen, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden. Die Bedeutung einer Ordnungswidrigkeit ist erheblich, wenn nach den Umständen des Einzelfalls ein Schaden für ein wichtiges Rechtsgut oder für andere Rechtsgüter in erheblichem Umfang droht oder wenn die betreffende Vorschrift ein sonstiges wichtiges Interesse der Allgemeinheit schützt."

4. § 34 erhält folgende Fassung:

"§34

Besondere Mittel der Datenerhebung

(1) Die Polizei kann zur Abwehr einer konkreten Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person

1. über die für die Gefahr Verantwortlichen oder
2. über Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie durch bewusstes Zusammenwirken mit den für die Gefahr Verantwortlichen

bestimmte oder von diesen herrührenden Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben, Daten durch den Einsatz von besonderen Mitteln nach Absatz 2 erheben. Die Anordnung der Maßnahme ist unzulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass durch die Maßnahme überwiegend Kenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erlangt würden. Die Anordnung der Maßnahme nach Satz 1 Nr. 2 ist unzulässig, wenn die Person das Recht zur Verweigerung der Aussage nach den §§ 53 oder 53a StPO hätte. Die Datenerhebung darf auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden.

(2) Besondere Mittel der Datenerhebung sind

1. die planmäßig angelegte Beobachtung einer Person, die durchgehend länger als 24 Stunden oder an mehr als zwei Tagen durchgeführt werden soll (längerfristige Observation),
2. der verdeckte Einsatz technischer Mittel
 - a) zur Ermittlung des Aufenthaltsorts einer Person,
 - b) zur Anfertigung von Bildaufzeichnungen,
 - c) zum Abhören oder zur Aufzeichnung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes,
3. der Einsatz von Polizeibeamten unter einer Legende (verdeckte Ermittler),
4. der Einsatz sonstiger nicht offen ermittelnder Polizeibeamter und
5. der Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist (Vertrauenspersonen).

(3) Wird im Verlauf einer Maßnahme nach Absatz 2 Nr. 1, Nr. 2 Buchst. b oder c oder Nr. 3 erkennbar, dass Inhalte erfasst werden, die

1. dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzuordnen sind, oder
2. einem Vertrauensverhältnis zu den in §§ 53 und 53a StPO genannten Berufsheimnisträgern oder Berufshelfern zuzuordnen sind,

sind die unmittelbare Kenntnisnahme und die Aufzeichnungen unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen. Angefertigte Aufzeichnungen sind unverzüglich zu löschen. Bestehen über die Voraussetzungen einer Unterbrechung Zweifel, ist nur die unmittelbare Kenntnisnahme entsprechend Satz 1 zu unterbrechen. In diesem Fall ist nur die Fortsetzung automatisierter Aufzeichnungen zulässig. Aufzeichnungen nach Satz 3 und 4 sind unverzüglich dem Richter zur Entscheidung über die Verwendbarkeit oder Löschung der Daten vorzulegen. Ist die Aufzeichnung oder die unmittelbare Kenntnisnahme unterbrochen worden, so darf sie nur fortgesetzt werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte nicht mehr zu erwarten ist, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung oder ein geschütztes Vertrauensverhältnis verletzt wird. Die Tatsache der Erlangung und die Löschung der Daten sind zu protokollieren.

(4) Der Einsatz von besonderen Mitteln nach Absatz 2 Nr. 1, 2 Buchst. a, b und c und Nr. 3 darf nur auf Antrag des Leiters der Landespolizeidirektion oder des Leiters des Landeskriminalamts oder eines von diesen besonders beauftragten Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes durch den Richter angeordnet werden.

Bei Gefahr im Verzug können die in Satz 1 genannten Behördenleiter oder bei deren Verhinderung ein von diesen besonders beauftragter Beamter des höheren Polizeivollzugsdienstes die Maßnahme anordnen; die richterliche Entscheidung ist in diesem Fall unverzüglich nachzuholen. Die Anordnung nach Satz 2 Halbsatz 1 tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Werktagen durch den Richter bestätigt wird. Erfolgt keine richterliche Bestätigung, dürfen bereits erhobene Daten nicht verwendet werden. Die Daten sind unverzüglich zu löschen. Die Anordnung hat schriftlich unter Angabe der für sie maßgeblichen Gründe zu erfolgen und ist auf höchstens einen Monat zu befristen. Soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen, sind Verlängerungen um jeweils einen weiteren Monat zulässig. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, sind die aufgrund der Anordnung ergriffenen Maßnahmen unverzüglich zu beenden.

(5) Der Einsatz von besonderen Mitteln nach Absatz 2 Nr. 4 und 5 darf nur durch den Leiter der Landespolizeidirektion oder den Leiter des Landeskriminalamts oder einen von diesen besonders beauftragten Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes angeordnet werden. Absatz 4 Satz 5 und 6 gilt entsprechend.

(6) Soweit es für den Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Legende eines verdeckten Ermittlers erforderlich ist, dürfen entsprechende Urkunden hergestellt, verändert oder gebraucht werden. Ein verdeckter Ermittler darf zur Erfüllung seines Auftrags unter der Legende am Rechtsverkehr teilnehmen. Er darf ferner unter der Legende mit Einverständnis des Berechtigten dessen Wohnung betreten. Im Übrigen richten sich die Befugnisse eines verdeckten Ermittlers nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

(7) Der Einsatz von Vertrauenspersonen ist nur zulässig, wenn die Abwehr der Gefahr auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Als Vertrauensperson darf nicht eingesetzt werden, wer

1. nicht voll geschäftsfähig, insbesondere minderjährig ist,
2. an einem Aussteigerprogramm teilnimmt oder bereit ist an einem Aussteigerprogramm teilzunehmen und die Teilnahme gefährdet wäre,
3. Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, eines Landesparlaments oder diesbezügliche Mitarbeiterin oder diesbezüglicher Mitarbeiter eines solchen Mitglieds ist,
4. im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung als Täterin oder Täter einer allein mit lebenslanger Haft bedrohten Straftat oder einer Straftat aus dem neunten Abschnitt des Strafgesetzbuches eingetragen ist, oder
5. Mitglied der Führungsebene einer Partei ist, gegen die die Bundesregierung, der Bundestag, der Bundesrat oder die Regierung des Landes ein Verbotungsverfahren betreibt oder gegen die sich Maßnahmen nach diesem Gesetz oder dem Thüringer Verfassungsschutzgesetz richten.

Vertrauenspersonen dürfen nicht verwendet werden, um

1. in einer Person, die nicht zur Begehung von Straftaten bereit ist, den Entschluss zu wecken, Straftaten zu begehen,
2. eine zur Begehung von Straftaten bereite Person zur Begehung einer Straftat zu bestimmen, die mit einem erheblich höheren Strafmaß bedroht ist, als ihre Bereitschaft erkennen lässt, oder
3. Daten mit Mitteln oder Methoden zu erheben, die die Polizei nicht einsetzen dürfte,
4. als Mitglied der Führungsebene einer Partei auf die Aktivitäten dieser Partei Einfluss zu nehmen.

Eine Vertrauensperson ist fortlaufend auf ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen. Die von der Vertrauensperson bei einem Einsatz gewonnenen Informationen sind unverzüglich auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ergibt sich begründete Zweifel an der Zuverlässigkeit, ist der Einsatz nicht durchzuführen oder zu beenden. Bei der Prüfung der Zuverlässigkeit ist insbesondere zu berücksichtigen, ob die einzusetzende Vertrauensperson

1. von den Geld- und Sachzuwendungen für die Tätigkeit auf Dauer als überwiegende Lebensgrundlage abhängen würde, oder
2. im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines Verbrechens oder zu einer Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde, eingetragen ist.

Das Landeskriminalamt hat die Zuverlässigkeit einer Vertrauensperson in Schriftform unter Wahrung des Quellen- und Geheimschutzes zu dokumentieren."

5. § 34 a erhält folgende Fassung:

"§ 34 a
Überwachung der Telekommunikation

(1) Die Polizei kann zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person die Telekommunikation

1. der für die Gefahr Verantwortlichen,
2. von Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie durch bewusstes Zusammenwirken mit den für die Gefahr Verantwortlichen bestimmte oder von diesen herrührenden Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder
3. von Personen, soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die für die Gefahr Verantwortlichen ihre Kommunikationseinrichtungen benutzen werden,

überwachen und aufzeichnen und die innerhalb des Telekommunikationsnetzes in Datenspeichern abgelegten Inhalte erheben. Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn die Abwehr der Gefahr auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Die Anordnung der Maßnahme ist unzulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass durch die Maßnahme überwiegend Kenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erlangt würden. Die Anordnung der Maßnahme nach Satz 1 Nr. 2 und 3 ist unzulässig, wenn die Person das Recht zur Verweigerung des Zeugnisses nach den §§ 53 oder 53a StPO hätte. Die Maßnahme darf auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen sein werden.

(2) Erfolgt im Rahmen von Maßnahmen nach Absatz 1 neben einer automatischen Aufzeichnung eine unmittelbare Kenntnisnahme und wird in deren Verlauf erkennbar, dass Inhalte erfasst werden, die

1. dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzuordnen sind,
2. einem Vertrauensverhältnis zu den in §§ 53 und 53a StPO genannten Berufsheimnisträgern oder Berufshelfern zuzuordnen sind,

ist die unmittelbare Kenntnisnahme unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen. Diesbezügliche Aufzeichnungen sind unverzüglich zu löschen. Bestehen über die Voraussetzungen einer Unterbrechung Zweifel, gilt Satz 1 entsprechend. Die vorhandenen Aufzeichnungen sind unverzüglich dem anordnenden Richter zur Entscheidung über die Verwendbarkeit oder Löschung der Daten vorzulegen. Ist die unmittelbare Kenntnisnahme unterbrochen worden, so darf sie nur fortgesetzt werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte nicht mehr zu erwarten ist, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung oder ein geschütztes Vertrauensverhältnis verletzt werden. Die Tatsache der Erlangung und die Löschung der Daten sind zu protokollieren.

(3) Maßnahmen nach Absatz 1 dürfen nur auf Antrag des Leiters der Landespolizeidirektion oder des Leiters des Landeskriminalamts oder eines von diesen besonders beauftragten Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes durch den Richter angeordnet werden. Bei Gefahr im Verzug können die in Satz 1 genannten Behördenleiter oder bei deren Verhinderung ein von diesen besonders beauftragter Beamter des höheren Polizeivollzugsdienstes die Anordnung treffen; die richterliche Entscheidung ist in diesem Fall unverzüglich nachzuholen. Die Anordnung nach Satz 2 Halbsatz 1 tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Werktagen durch den Richter bestätigt wird. Erfolgt keine richterliche Bestätigung, dürfen bereits erhobene Daten nicht verwendet werden. Die Daten sind unverzüglich zu löschen.

(4) Eine Anordnung einer Maßnahme nach Absatz 1 ergeht schriftlich. In ihr sind anzugeben:

1. die Person, gegen die sich die Maßnahme richtet, soweit möglich mit Namen und Anschrift,
2. die Rufnummer oder eine andere Kennung des zu überwachenden Anschlusses oder des Endgeräts, sofern sich nicht aus bestimmten Tatsachen ergibt, dass diese zugleich einem anderen Endgerät zugeordnet ist,
3. die Art, der Umfang und die Dauer der Maßnahme unter Benennung des Endzeitpunktes.

Die Maßnahmen sind auf höchstens einen Monat zu befristen. Soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen, sind Verlängerungen um jeweils einen weiteren Monat zulässig. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, sind die aufgrund der Anordnung ergriffenen Maßnahmen unverzüglich zu beenden.

(5) Aufgrund der Anordnung hat jeder, der Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt (Diensteanbieter), der Polizei die Maßnahmen nach Absatz 1 zu ermöglichen und die erforderlichen Auskünfte unver-

züglich zu erteilen. Ob und in welchem Umfang hierfür Vorkehrungen zu treffen sind, bestimmt sich nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG) und der Telekommunikations-Überwachungsverordnung. Für die Entschädigung der in Anspruch genommenen Unternehmen ist § 23 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG) entsprechend anzuwenden."

6. § 34 b erhält folgende Fassung:

"§ 34 b

Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten
und Nutzungsdaten

(1) Die Polizei kann zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person Verkehrsdaten (§ 96 Abs. 1 TKG)

1. der für die Gefahr Verantwortlichen,
2. von Personen, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie durch bewusstes Zusammenwirken mit den für die Gefahr Verantwortlichen bestimmte oder von diesen herrührenden Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben,
3. von Personen, soweit bestimmte Tatsachen die begründete Annahme rechtfertigen, dass die für die Gefahr Verantwortlichen ihre Kommunikationseinrichtungen benutzen werden, oder
4. von vermissten, suizidgefährdeten oder hilflosen Personen

erheben. Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn die Abwehr der Gefahr auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Die Anordnung der Maßnahme nach Satz 1 Nr. 2 und 3 ist unzulässig, wenn die Person das Recht zur Verweigerung der Aussage nach den §§ 53 oder 53a StPO hätte. Die Maßnahme darf auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen sein werden.

(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann die Polizei von denjenigen, die geschäftsmäßig eigene oder fremde Telemedien zur Nutzung bereithalten oder den Zugang zur Nutzung vermitteln, Auskunft über Nutzungsdaten (§ 15 Abs. 1 des Telemediengesetzes) verlangen. Die Auskunft kann auch über zukünftige Nutzungsdaten angeordnet werden.

(3) Für die Anordnung der Maßnahme gilt § 34 a Abs. 3 und 4 entsprechend. Abweichend von § 34 a Abs. 4 Nr. 2 genügt eine räumlich und zeitlich hinreichende Bezeichnung der Telekommunikation, sofern anderenfalls die Erreichung des Zwecks der Maßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(4) Für die Entschädigung der in Anspruch genommenen Unternehmen ist § 23 JVEG entsprechend anzuwenden.

7. § 34 c erhält folgende Fassung:

"§ 34 c

Identifizierung und Lokalisierung von Mobilfunkkarten
und -endgeräten

(1) Die Polizei kann, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person zwingend erforderlich ist und die Abwehr der Gefahr auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre, durch technische Mittel

1. die Gerätenummer eines Mobilfunkendgeräts und die Kartennummer der darin verwendeten Karte sowie
2. den Standort eines Mobilfunkendgeräts der für die Gefahr Verantwortlichen ermitteln.

(2) Personenbezogene Daten Dritter dürfen bei einer Maßnahme nach Absatz 1 nur erhoben werden, wenn dies aus technischen Gründen unvermeidbar ist. Über den Datenabgleich zur Ermittlung der gesuchten Geräte- und Kartennummer hinaus dürfen sie nicht verwendet werden und sind nach Beendigung der Maßnahme unverzüglich zu löschen.

(3) Für die Anordnung der Maßnahme gilt § 34 a Abs. 3 und 4 entsprechend.

(4) Aufgrund der Anordnung einer Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 2 hat jeder Diensteanbieter der Polizei die für die Ermittlung des Standorts des Mobilfunkendgeräts erforderliche Geräte und Kartennummer unverzüglich mitzuteilen. Für die Entschädigung der in Anspruch genommenen Unternehmen ist § 23 JVEG entsprechend anzuwenden."

8. § 34 d erhält folgende Fassung:

"§ 34 d

Unterbrechung und Verhinderung von Telekommunikation

(1) Die Polizei kann, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person zwingend erforderlich ist, durch den Einsatz technischer Mittel Kommunikationsverbindungen der für die Gefahr Verantwortlichen unterbrechen oder verhindern. Kommunikationsverbindungen Dritter dürfen nur unterbrochen oder verhindert werden, wenn die Gefahr durch andere Mittel nicht abgewehrt werden kann.

(2) Maßnahmen nach Absatz 1 dürfen nur auf Antrag des Leiters der Landespolizeidirektion oder des Leiters des Landeskriminalamts oder eines von diesen besonders beauftragten Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes durch den Richter angeordnet werden. Die Anordnung hat schriftlich unter Angabe der für sie maßgeblichen Gründe zu erfolgen und ist auf höchstens 24 Stunden zu befristen. Bei Gefahr im Verzug können die in Satz 1 genannten Behördenleiter oder bei deren Verhinderung ein von diesen besonders beauftragter Beamter des höheren Polizeivoll-

zugsdienstes die Maßnahme anordnen; die richterliche Entscheidung ist in diesem Fall unverzüglich nachzuholen. Die Anordnung nach Satz 3 Halbsatz 1 tritt außer Kraft, wenn sie nicht innerhalb von zwölf Stunden durch den Richter bestätigt wird. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, sind die aufgrund der Anordnung ergriffenen Maßnahmen unverzüglich zu beenden."

9. § 34 e erhält folgende Fassung:

"§ 34 e
Erhebung von Bestandsdaten

(1) Soweit dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder zur Abwehr einer gemeinen Gefahr erforderlich ist, darf die Polizei vom Diensteanbieter Auskunft über die nach den §§ 95 und 111 TKG erhobenen Daten verlangen (§ 113 Abs. 1 Satz 1 TKG). Bezieht sich das Auskunftsverlangen nach Satz 1 auf Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Abs. 1 Satz 2 TKG), darf die Auskunft nur

1. zur Überwachung der Telekommunikation nach § 34 a oder
2. zur Sicherstellung von nicht mehr dem Schutz des Artikels 10 des Grundgesetzes unterliegenden in Endeinrichtungen oder auf Speichereinrichtungen abgelegten Daten nach § 27

verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nutzung der Daten vorliegen.

(2) Die Auskunft nach Absatz 1 darf auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse verlangt werden (§ 113 Abs. 1 Satz 3 TKG).

(3) Auskunftsverlangen nach Absatz 1 Satz 2 dürfen nur auf Antrag des Leiters der Landespolizeidirektion oder des Leiters des Landeskriminalamts oder eines von diesen besonders beauftragten Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes durch den Richter angeordnet werden. Bei Gefahr im Verzug können die in Satz 1 genannten Behördenleiter oder bei deren Verhinderung ein von diesen besonders beauftragter Beamter des höheren Polizeivollzugsdienstes die Anordnung treffen; die richterliche Entscheidung ist in diesem Fall unverzüglich nachzuholen. Die Anordnung nach Satz 2 tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Werktagen durch den Richter bestätigt wird. Erfolgt keine richterliche Bestätigung, dürfen bereits erhobene Daten nicht verwendet werden. Die Daten sind unverzüglich zu löschen. Die Sätze 1 bis 5 finden keine Anwendung, wenn der Betroffene vom Auskunftsverlangen bereits Kenntnis hat oder haben muss oder wenn die Nutzung der Daten bereits durch eine gerichtliche Entscheidung gestattet wird. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 6 ist aktenkundig zu machen.

(4) Für die Entschädigung der in Anspruch genommenen Unternehmen ist § 23 JVEG entsprechend anzuwenden."

10. § 35 erhält folgende Fassung:

"§ 35
Wohnraumüberwachung

(1) Die Polizei kann durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen (§ 25 Abs. 1 Satz 2) personenbezogene Daten erheben, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person, erforderlich ist und die Abwehr der Gefahr auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Eine ausschließlich automatisierte Datenerhebung ist unzulässig.

(2) Die Maßnahme nach Absatz 1 darf nur angeordnet werden, soweit nicht aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere beruhend auf der Art der zu überwachenden Räumlichkeiten oder dem Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander, anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung oder aus einem Vertrauensverhältnis mit Berufsgeheimnisträgern oder deren Berufshelfern (§§ 53 oder 53a StPO) erlangt würden.

(3) Die Maßnahme darf sich nur gegen die für die Gefahr verantwortlichen Personen richten und nur in deren Wohnung durchgeführt werden. Hierzu kann die Polizei deren Wohnungen betreten, wenn dies erforderlich ist, um die Voraussetzungen des Einsatzes besonderer technischer Mittel zu schaffen.

(4) Maßnahmen nach Absatz 1 dürfen nur auf Antrag des Leiters der Landespolizeidirektion oder des Leiters des Landeskriminalamts oder eines von diesen besonders beauftragten Beamten des höheren Polizeivollzugsdienstes durch den Richter angeordnet werden. Bei Gefahr im Verzug können die in Satz 1 genannten Behördenleiter oder, bei deren jeweiliger Verhinderung, ein von diesen besonders beauftragter Beamter des höheren Polizeivollzugsdienstes die Anordnung treffen. Die richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Die Anordnung nach Satz 2 tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Werktagen durch den Richter bestätigt wird. Erfolgt keine richterliche Bestätigung, dürfen bereits erhobene Daten nicht verwendet werden. Die Daten sind unverzüglich zu löschen.

(5) Eine Anordnung nach Absatz 4 ergeht schriftlich. Sie enthält

1. soweit bekannt, den Namen und die Anschrift der Person, gegen die sich die Maßnahme richtet,
2. die zu überwachende Wohnung oder die zu überwachenden Wohnräume,
3. die Art, den Umfang und die Dauer der Maßnahme und
4. die wesentlichen Gründe.

Die Maßnahme ist auf höchstens einen Monat zu befristen. Verlängerungen um jeweils nicht mehr als ei-

nen weiteren Monat sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse für die Anordnung fortbestehen. Bestehen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr fort, so ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden. Die Beendigung ist dem Richter unverzüglich mitzuteilen.

(6) Das Abhören und Beobachten nach Absatz 1 ist unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit während der Überwachung erkennbar wird, dass Inhalte erfasst werden, die

1. dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzuordnen sind,
2. einem Vertrauensverhältnis zu den in §§ 53 und 53a StPO genannten Berufsheimnisträgern oder Berufshelfern zuzuordnen sind.

Angefertigte Aufzeichnungen und Aufnahmen sind unverzüglich zu löschen. Bestehen über die Voraussetzungen einer Unterbrechung Zweifel, gilt Satz 1 entsprechend. In diesem Fall sind nur automatisierte Aufzeichnungen zulässig. Die Aufzeichnungen nach Satz 3 und 4 sind unverzüglich dem anordnenden Richter zur Entscheidung über die Verwendbarkeit oder Löschung der Daten vorzulegen. Ist die Aufnahme, die Aufzeichnung oder die unmittelbare Kenntnisnahme unterbrochen worden, so darf sie nur fortgesetzt werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte nicht mehr zu erwarten ist, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung oder ein geschütztes Vertrauensverhältnis verletzt wird. Die Tatsache der Erlangung und die Löschung der Daten sind zu protokollieren.

(7) Die Anordnung eines verdeckten Einsatzes technischer Mittel in oder aus Wohnungen ausschließlich zum Schutz der bei einem polizeilichen Einsatz tätigen Personen treffen die in Absatz 4 Satz 1 genannten Behördenleiter oder, bei deren Verhinderung, ein von diesen besonders beauftragter Beamter des höheren Polizeivollzugsdienstes. Eine anderweitige Nutzung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Abwehr einer dringenden Gefahr zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Erfolgt keine richterliche Bestätigung, dürfen bereits erhobene Daten nicht verwendet werden. Die Daten sind unverzüglich zu löschen. Absatz 6 findet entsprechende Anwendung. Aufzeichnungen aus einem solchen Einsatz sind unverzüglich nach Beendigung des Einsatzes zu löschen, soweit sie nicht zur Gefahrenabwehr benötigt werden; die Löschung ist zu protokollieren."

11. § 36 erhält folgende Fassung:

"§ 36

Gemeinsame Verfahrensbestimmungen für
Maßnahmen der verdeckten Datenerhebung

(1) Die durch eine Maßnahme nach den §§ 34 bis 34 c sowie den §§ 34 e und 35 erlangten Daten sind besonders zu kennzeichnen. Für den Fall der Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen grundsätzlich nur

zur Abwehr der Gefahr, die zur Anordnung der Überwachungsmaßnahme geführt hat, verwendet werden. Eine Verwendung in einem anderen Verfahren ist nur zulässig, wenn die Datenerhebung auch in diesem Verfahren hätte angeordnet werden dürfen; die Zweckänderung ist zu dokumentieren.

(2) Daten, bei denen sich nach der Auswertung herausstellt, dass sie Inhalte betreffen,

1. die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzuordnen sind oder
2. einem Vertrauensverhältnis zu den in §§ 53 und 53a StPO genannten Berufsheimnisträgern oder Berufshelfern zuzuordnen sind

dürfen nicht verwendet werden und sind unverzüglich zu löschen.

Eine Verwendung ist ausnahmsweise zulässig, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leben oder Freiheit einer Person zwingend erforderlich ist. Vor einer Verwendung der Daten ist über deren Zulässigkeit eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Bei Gefahr im Verzug kann die Entscheidung auch der Leiter der Landespolizeidirektion, der Leiter des Landeskriminalamtes oder ein von diesen besonders beauftragter Beamter des höheren Polizeivollzugsdienstes treffen; in diesem Fall ist eine richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Die Tatsache der Erlangung und die Löschung der Daten sind zu protokollieren. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn ein Berufsheimnisträger betroffen ist, der selbst für die Gefahr verantwortlich ist.

(3) Von Maßnahmen nach den §§ 34 bis 34 c sowie den §§ 34 e und 35 sind zu benachrichtigen im Fall

1. des § 34 Abs. 2 Nr. 1 und 2 (längerfristige Observation, technische Observationsmittel, Bildaufzeichnungen, Aufzeichnung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes) die Zielperson sowie die erheblich mitbetroffenen Personen,
2. des § 34 Abs. 2 Nr. 3 bis 5 (verdeckt handelnde Personen):
 - a) die Zielperson,
 - b) die erheblich mitbetroffenen Personen,
 - c) die Personen, deren nicht allgemein zugängliche Wohnung die verdeckt handelnde Person betreten hat,
3. des § 34 a (Telekommunikationsüberwachung) die Beteiligten der überwachten Telekommunikation,
4. des § 34 b Abs. 1 (Erhebung von Verkehrsdaten) die Beteiligten der betroffenen Telekommunikation,
5. des § 34 b Abs. 2 (Erhebung von Nutzungsdaten) der Nutzer,
6. des § 34 c (IMSI-Catcher) die Zielperson,
7. des § 34 e Abs. 1 Satz 2 (Erhebung von Zugangs-sicherungs-codes) der Nutzer,
8. des § 34 e Abs. 2 (Auskunft über den Nutzer einer Internetprotokoll-Adresse) der Nutzer,
9. des § 35 (Wohnraumüberwachung):
 - a) die Person, gegen die sich die Maßnahme richtete,
 - b) sonstige überwachte Personen,
 - c) Personen, die die überwachte Wohnung zur Zeit der Durchführung der Maßnahme innehat-ten oder bewohnten.

(4) Über die Maßnahme ist die betroffene Person zu benachrichtigen, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme erfolgen kann. Dies gilt nicht, wenn zur Durchführung der Benachrichtigung in unverhältnismäßiger Weise weitere Daten der betroffenen Person erhoben werden müssten. Auf die Möglichkeit nachträglichen Rechtsschutzes ist hinzuweisen. Ist wegen desselben Sachverhalts ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die betroffene Person eingeleitet worden, ist die Benachrichtigung in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft nachzuholen, sobald dies der Stand des Ermittlungsverfahrens zulässt. Die Benachrichtigung wird zurückgestellt, solange durch das Bekanntwerden der Datenerhebung Gesundheit, Leben oder Freiheit einer Person gefährdet werden oder der Unterrichtung überwiegend schutzwürdige Belange einer anderen betroffenen Person entgegenstehen. Im Fall des Absatzes 3 Satz 1 Nr. 2 kann die Benachrichtigung zudem auch zurückgestellt werden, wenn durch das Bekanntwerden der Datenerhebung der weitere Einsatz dieser Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist, gefährdet wird. Wird die Benachrichtigung aus einem der vorgenannten Gründe zurückgestellt, ist dies zu dokumentieren.

(5) Erfolgt eine Benachrichtigung nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der Benachrichtigung der richterlichen Zustimmung. Die richterliche Entscheidung ist jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen. Über die Zustimmung entscheidet das Gericht, das für die Anordnung der Maßnahme zuständig gewesen ist. Bedurfte die Maßnahme nicht der richterlichen Anordnung, ist für die Zustimmung das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Polizeibehörde ihren Sitz hat, zuständig. Nach zweimaliger Verlängerung ist die Zustimmung des für die Einlegung einer Beschwerde zuständigen Gerichts einzuholen. § 68 Abs. 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit findet keine Anwendung. Fünf Jahre nach der erstmaligen Entscheidung gemäß Satz 5 darf dieses Gericht allein wegen Vorliegens der Zurückstellungsgründe des Absatzes 4 Satz 6 keine Zustimmung erteilen.

(6) Zuständig für richterliche Entscheidungen nach Absatz 2 sowie nach den §§ 34 bis 34 e ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die beantragende Polizeibehörde ihren Sitz hat. Zuständig für richterliche Entscheidungen nach § 35 ist die in § 74 a Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannte Kammer des Landgerichts, in dessen Bezirk die Polizeibehörde ihren Sitz hat.

(7) Für die Verfahren nach den Absätzen 5 und 6 gelten die Bestimmungen des Buches 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. Diese Entscheidungen des Gerichts ergehen ohne vorherige Anhörung der Betroffenen; sie bedürfen zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an die Betroffenen. Gegen die Ablehnung des Antrags der Polizeibehörde auf Zustimmung zur Zurückstellung findet die Beschwerde statt. Die Beschwerde ist binnen einer Frist von zwei Wochen einzulegen. Für dieses

Beschwerdeverfahren gilt Satz 2 entsprechend. Die Benachrichtigung darf bis zur Rechtskraft der richterlichen Entscheidung vorläufig unterbleiben.

(8) Die Landesregierung unterrichtet den Landtag jährlich über die durchgeführten Maßnahmen nach den §§ 34 a bis 35. Die Parlamentarische Kontrollkommission übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus."

12. § 77 erhält folgende Fassung:

"§ 77
Überleitungsvorschrift

Verfahren, die gemäß § 36 Abs. 6 dieses Gesetzes in der bis zum Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes geltende Fassung bei den Verwaltungsgerichten anhängig sind, werden in der Lage, in der sie sich befinden, gemäß § 36 Abs. 6 von den zuständigen Amtsgerichten fortgeführt."

13. § 78 erhält folgende Fassung:

"§ 78
Evaluierung

Die Landesregierung legt dem Thüringer Landtag spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten der gesetzlichen Änderungen einen Bericht über den notwendigen gesetzlichen Anpassungs- oder Ergänzungsbedarf vor. Der Thüringer Landtag wird das Gesetz bis zum 31. Dezember 2022 auf wissenschaftlicher Grundlage evaluieren."

Begründung:

Zu Nummern 2

Die von einem Präventivgewahrsam betroffenen Personen haben gerade noch keine Straftat beziehungsweise Ordnungswidrigkeit begangen, was einen solchen Präventivgewahrsam gerade mit Blick auf die Freiheitsrechte problematisch macht. Entsprechend ist ein solcher nur möglich, wenn die Begehung einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung der einer Straftat unmittelbar bevorsteht. Die Formulierung in der aktuellen Fassung wird diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Auch ist anzunehmen, dass diese Formulierung ebenfalls nicht den Anforderungen von Art. 5 Abs. 1 Satz 2 lit. c Var. 2 EMRK an den Polizeigewahrsam gerecht wird (vgl. EGMR NVwZ 2012, 1089 f.). Zu fordern sind vielmehr ganz konkrete Verdachtsmomente, dass eine Begehung einer bestimmten Straftat oder Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung in allernächster Zeit an einem bestimmten Ort gegen ein bestimmtes polizeiliches Rechtsgut begangen werden soll. Dem Verlangen nach Verdachtsmomenten, die sich auf bestimmte Tatsachen stützen lassen, wird der Begriff der gegenwärtigen Gefahr gerecht.

Zu Nummern 4

Die heimliche Erhebung von Daten führt immer zu schwerwiegenden Grundrechtseingriffen. Eingriffsbefugnisse müssen daher klar und deutlich normiert werden, das geschützte Rechtsgut und der Grad seiner Gefährdung müssen eindeutig definiert sein. Gleichwohl für die Generalklausel zur Datenerhebung das Vorliegen einer einfachen Gefahr als ausreichend angesehen wird, besteht für das Eindringen in besonders grundrechtssensible Bereiche jedoch die Anforderung an das Vorliegen einer zumindest konkreten Gefahr. Eine abstrakte Gefahr kann schlechterdings einen heimlichen Grundrechtseingriff nicht rechtfertigen, zu fordern ist mindestens eine konkrete Gefahrenlage und dies sollte für den Gesetzesanwender eindeutig und somit unmissverständlich formuliert werden. In der Anhörung zu dem Gesetzentwurf wurde mehrfach gefordert, den Gefahrenbegriff zu konkretisieren, dem der Änderungsantrag gerecht wird.

§ 34 Abs. 1 Nr. 2 PAG ermöglicht es, dass Personen, die nur durch ein mehr oder minder zufälliges Bekanntschaftsverhältnis einer völligen Überwachungsmöglichkeit ausgesetzt sein können. Eine Abgrenzung zwischen echten Nachrichtenmittler und sonstigen Kontaktpersonen erfolgt nicht. So findet keine Abgrenzung beziehungsweise Abwägung vom Zusammenwirken und Eingriffsintensität ab. Derjenige, der zufällig einen Brief zum Briefkasten bringt (Postbote), kann nach dem Gesetz den gleichen Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt sein, wie derjenige, der bewusst Informationen erhält oder weitergibt. Die Regelung zur vollständigen Überwachung der Nachrichtenmittler ist aus diesem Grund auf bewusstes Zusammenwirken zu beschränken.

Es bedarf einer normenklaren Regelung zum Schutz des Kernbereiches. Die Anordnung einer Überwachungsmaßnahme soll nur unzulässig sein, wenn tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass allein Kenntnisse aus dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung erlangt würden. Solche Gespräche dürften fast nicht vorkommen. Der Kernbereichsschutz ist damit fast völlig ausgeschlossen. Für den Kernbereich privater Lebensgestaltung gilt ein umfassendes Erhebungsverbot, dennoch erlangte Daten müssen gelöscht und dürfen weder verwertet noch verwendet

werden. In Falle der Kernbereichsverletzung muss die Maßnahme abgebrochen werden. Zur Sicherung des Rechtsschutzes sind Bestimmungen zu schaffen, nach der die Erlangung der Daten und ihre Löschung zu dokumentieren sind.

Berufsgeheimnisträger werden nur soweit geschützt wie kein unmittelbarer Bezug zur Gefahr besteht. Sogar Gespräche mit einem Strafverteidiger sind nach dem Gesetz abhörbar, wenn es sich auf eine Straftat bezieht. Berufsgeheimnisträger werden somit erheblich geschwächt und damit unser Rechtssystem, da somit ein offenes Gespräch, egal ob letztendlich eine Straftat vorliegt oder nicht, unterbunden wird.

Ebenso bedurf es eines Verwendungsverbotes für ohne richterlich erhobene Daten und eine damit einhergehende Löschung dieser.

Für den Einsatz von Vertrauenspersonen bedarf es zwingend einer Regelung, die im Einzelnen regelt, unter welchen Voraussetzungen Vertrauenspersonen eingesetzt werden dürfen. Der durch die sogenannten V-Leute vorgenommene erhebliche Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung durch die heimliche Erhebung von Daten erfordert solche Nummierungen genauso, wie die Möglichkeit, dass Berufsgeheimnisträger oder der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen sein können.

Zu Nummern 5

Die heimliche Erhebung von Daten führt immer zu schwerwiegenden Grundrechtseingriffen. Eingriffsbefugnisse müssen daher klar und deutlich normiert werden, das geschützte Rechtsgut und der Grad seiner Gefährdung müssen eindeutig definiert sein.

Es bedarf einer normenklaren Regelung zum Schutz des Kernbereiches. Die Anordnung einer Überwachungsmaßnahme soll nur unzulässig sein, wenn tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass allein Kenntnisse aus dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung erlangt würden. Solche Gespräche dürften fast nicht vorkommen. Der Kernbereichsschutz ist damit fast völlig ausgeschlossen.

Der Einsatz von Staatstrojanern ist abzulehnen und wurde ersatzlos gestrichen. Berufsgeheimnisträger werden nur soweit geschützt wie kein unmittelbarer Bezug zur Gefahr besteht. Sogar Gespräche mit einem Strafverteidiger sind nach dem Gesetz abhörbar, wenn es sich auf eine Straftat bezieht. Berufsgeheimnisträger werden somit erheblich geschwächt und damit unser Rechtssystem, da somit ein offenes Gespräch, egal ob letztendlich eine Straftat vorliegt oder nicht, unterbunden wird.

Zu Nummern 6

Die Grundrechtsrelevanz der Verkehrsdatenspeicherung wird dadurch verdeutlicht, dass sich mit den gespeicherten Daten, ohne dass es eines Rückgriffs auf Kommunikationsinhalte bedarf, eine tiefgreifende Analyse des Kommunikationsverhaltens und der persönlichen Kontakte vornehmen lässt, entsprechende Rückschlüsse gezogen werden können sowie umfangreiche Persönlichkeitsprofile erstellen lassen.

Entsprechend sind Hürden für eine Vorratsdatenspeicherung von Verkehrs- und Nutzerdaten zu normieren. Je geringer der Anlass ist, den es zu einer Speicherung braucht, umso höher und relevanter ist der Grundrechtseingriff. Grundrechtseingriffe sind jedoch so gering wie möglich zu

halten. Dies gilt insbesondere für die Erfassung von Daten Dritter, also nicht des Verantwortlichen. Für Dritte bedarf es im Gefahrenabwehrrecht einer Differenzierung, die eine höhere Eingriffsschwelle festgelegt. Alternativ ist, wie hier vorgesehen, die generelle Eingriffsschwelle anzuheben.

Berufsgeheimnisträger unterliegen in der aktuellen Fassung nur differenziert dem Schutz von Ausnahmeregelungen. Diese Differenzierung, die in Bundestagsdrucksache 18/5088, Seite 33 mit der hohen Zahl an Telekommunikationsanbietern begründet worden ist, ist aufzuheben. Zwar bestehen Bedenken bezüglich des organisatorischen Aufwandes. Jedoch sollte in Zeiten moderner Datenverarbeitung die Zahl der Telekommunikationsanbieter kein Hindernis darstellen.

Zu Nummern 7

Die heimliche Erhebung von Daten führt immer zu schwerwiegenden Grundrechtseingriffen. Eingriffsbefugnisse müssen daher klar und deutlich normiert werden, das geschützte Rechtsgut und der Grad seiner Gefährdung müssen eindeutig definiert sein.

Zu Nummern 8

Die heimliche Erhebung von Daten führt immer zu schwerwiegenden Grundrechtseingriffen. Eingriffsbefugnisse müssen daher klar und deutlich normiert werden, das geschützte Rechtsgut und der Grad seiner Gefährdung müssen eindeutig definiert sein.

Zudem wurde der Richtervorbehalt normiert und für den Fall einer Maßnahme ohne Richterbeschluss neben einer Verpflichtung zur Löschung auch ein Verwendungsverbot normiert.

Die Befristung auf 24 Stunden statt drei Tagen ist zwingend vorzunehmen, da heutzutage die Bedeutung der Telekommunikation enorm ist und mittlerweile bei vielen Personen das einzige Kommunikationsmittel und somit in Teilen sogar lebenswichtig.

Zu Nummern 9

Berufsgeheimnisträger unterliegen in der aktuellen Fassung nur differenziert dem Schutz von Ausnahmeregelungen. Diese Differenzierung, die in Bundestagsdrucksache 18/5088, Seite 33 mit der hohen Zahl an Telekommunikationsanbietern begründet worden ist, ist aufzuheben. Zwar bestehen Bedenken bezüglich des organisatorischen Aufwandes. Jedoch sollte in Zeiten moderner Datenverarbeitung die Zahl der Telekommunikationsanbieter kein Hindernis darstellen.

Zudem wurde der Richtervorbehalt normiert und für den Fall einer Maßnahme ohne Richterbeschluss neben einer Verpflichtung zur Löschung auch ein Verwendungsverbot normiert.

Zu Nummern 10

Die heimliche Erhebung von Daten führt immer zu schwerwiegenden Grundrechtseingriffen. Eingriffsbefugnisse müssen daher klar und deutlich normiert werden, das geschützte Rechtsgut und der Grad seiner Gefährdung müssen eindeutig definiert sein. Es ist umstritten, ob die dringende Gefahr mit einer erheblichen Gefahr oder einer gegenwärtigen Gefahr oder mit einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr gleichzu-

setzen ist. Entsprechend ist der Begriff durch einen den Anforderungen gerecht werdenden, klar definierten Begriff zu ersetzen.

Berufsgeheimnisträger werden nur soweit geschützt wie kein unmittelbarer Bezug zur Gefahr besteht. Sogar Gespräche mit einem Strafverteidiger sind nach dem Gesetz abhörbar, wenn es sich auf eine Straftat bezieht. Berufsgeheimnisträger werden somit erheblich geschwächt und damit unser Rechtssystem, da somit ein offenes Gespräch, egal ob letztendlich eine Straftat vorliegt oder nicht, unterbunden werden.

Zudem wurde für den Fall einer Maßnahme ohne Richterbeschluss neben einer Verpflichtung zur Löschung auch ein Verwendungsverbot normiert.

Zu Nummern 11

Die Nachträgliche Benachrichtigung der von heimlichen Maßnahmen Betroffenen entspricht nicht den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts. Benachrichtigungspflicht hat Verfassungsrang (Rechtsschutzgarantie Artikel 19 Abs. 4 GG). Die Regelungen § 36 Abs. 4 bis 6 ermöglichen einen endgültigen Ausschluss der Benachrichtigung. Eine Benachrichtigung kann zurückgestellt oder sogar ganz ausgeschlossen werden, wenn die Möglichkeit der weiteren Verwendung der verdeckt handelnden Person gefährdet wäre. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum großen Lauschangriff im März 2004 entschieden, dass die Gefährdung der weiteren Verwendung eines nicht offen ermittelnden Beamten die Zurückstellung der Benachrichtigung im Falle der akustischen Wohnraumüberwachung nicht zu rechtfertigen vermag. Der weitere Einsatz des Beamten bezieht sich nicht allein auf das Ermittlungsverfahren, in dem die akustische Wohnraumüberwachung angewendet worden ist. Offenbar soll vielmehr ausreichen, dass infolge der Benachrichtigung jede weitere Verwendung des verdeckt ermittelnden Beamten auch im Zusammenhang mit anderen Ermittlungsverfahren gefährdet wäre. Damit löst sich dieses Kriterium von dem jeweiligen Verfahren, innerhalb dessen die Überwachungsmaßnahme durchgeführt worden ist. Die Möglichkeit zum weiteren Einsatz eines verdeckten Ermittlers ist kein gleichgewichtiges Anliegen. Auch kann sich die darauf gestützte Hinauszögerung der Benachrichtigung über einen erheblichen Zeitraum erstrecken. Damit wird die Benachrichtigungspflicht für unabsehbare Zeit ausgeschlossen und letztlich von zukünftigen ermittlungstaktischen Erwägungen der Strafverfolgungsbehörden abhängig gemacht. Dies widerspricht dem verfassungsrechtlichen Anliegen der Gewährung effektiven Rechtsschutzes zum Zwecke der Abwehr von Beeinträchtigungen der hier in Rede stehenden Grundrechte.

Für die Fraktion:

Montag

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Amtsgericht Bad Salzungen

Notarkammer Thüringen

Amtsgericht Stadtroda

Amtsgericht Rudolstadt

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V.

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.

Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen e.V.

Katholisches Büro Erfurt

Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Thüringen

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Fachbereich Polizei

Amtsgericht Altenburg

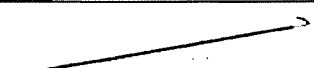
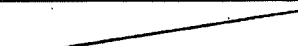
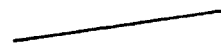

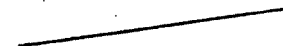

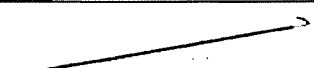
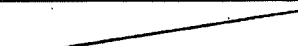
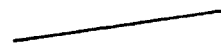

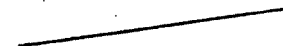

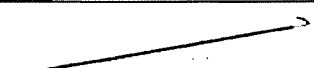
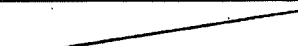
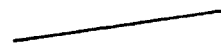

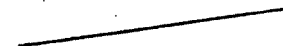

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thür, Landesbeauftragter für Datenschutz & Informationsfreiheit</td> <td>Oberste Aufsichtsbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Händlerstr. 8</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>↓</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thür, Landesbeauftragter für Datenschutz & Informationsfreiheit	Oberste Aufsichtsbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse	Händlerstr. 8	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thür, Landesbeauftragter für Datenschutz & Informationsfreiheit	Oberste Aufsichtsbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Händlerstr. 8										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer </td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort </td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer 		Postleitzahl, Ort 	
Name	Vorname										
											
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer 											
Postleitzahl, Ort 											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	- Datenschutzrechtliche Kontrolle & Beratung - Ombudsstelle für Fragen zum Thür TG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	zu umfangreich: siehe Stellungnahme.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 01.08.21	



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

AZ: 111-1/2021.7

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom : 22.06.2021
Ihr Zeichen :
Bearbeiter/in :
Telefon :
Erfurt, den : 1. September 2021

THÜR. LANDTAG POST
01.09.2021 11:30

21573/2021

Thüringer Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Drs. 7/3153)
Beteiligung gemäß § 112 Abs. 4 GO

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Stöffler,

für die Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des oben genannten Anhörungsverfahrens bedankt sich der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) vorab.

Zu dem postalisch am 22. Juni 2021 versandten Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (künftig PAG-E abgekürzt) nehme ich nach erster Durchsicht aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten wie folgt Stellung:

A. Vorbemerkung

Sehr zu begrüßen ist, dass der vorliegende Gesetzentwurf die Kritik aus dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs (ThürVerfGH) vom 21. November 2012 (VerfGH 19/09 – künftig zitiert nach der JURIS-Fundstelle) erneut und weitgehender als im bisherigen PAG aufgreift und in den zu ändernden Regelungen berücksichtigt.

Postanschrift: Postfach 900455
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900

E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

Weiterhin ist grundsätzlich positiv zu bemerken, dass komplizierte Verweisungen des zurzeit noch geltenden Thüringer Polizeiaufgabengesetzes mit dem vorliegenden PAG-E teils verkürzt oder durch Klarstellungen präzisiert worden sind. Auf unnötige Doppelungen hinsichtlich der Zeugnisverweigerungsrechte wurde verzichtet. Auf die mit dem Gebot der Normenklarheit nicht zu vereinbarenden Verschachtelungen, Ausnahmen und Rückausnahmen hatte seinerzeit auch der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz in seiner Stellungnahme vom 04. September 2006 und erneut mit Stellungnahme vom 2. September 2013 an den damaligen Innenausschuss (Az. 111-2/2023.19) hingewiesen. Diese wurden jedenfalls reduziert.

B. Zu Artikel 1

I. Zu Nr. 1 (§ 12 Abs. 1 S. 1 PAG-E).

Die Klarstellung, dass es sich bei einer dem bisherigen Wortlaut nach „im einzelnen Falle bestehende Gefahr“ um eine „im einzelnen Falle bestehende *konkrete* Gefahr“ handeln soll, ist aus Gesichtspunkten der Normklarheit zu begrüßen. Inhaltliche Änderungen zur bisherigen Auslegung dürften hiermit aber aufgrund der bereits bestehenden Einschränkung „im einzelnen Falle“ nicht verbunden sein. Dies schließt wohl bereits das Handeln schon bei abstrakten Gefahren aus.

II. Zu Nr. 4 (§ 34 PAG-E)

1. § 34 Abs. 1: Der Gefahrenbegriff in § 34 Abs. 1 Satz 1 PAG-E ist nunmehr präziser als konkrete Gefahr gefasst. Dies wurde seinerzeit auch vom Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz in seiner Stellungnahme vom 2. September 2013 gefordert. Die Notwendigkeit ergibt sich bereits aus der Kritik des ThürVerfGHs in seinem Urteil vom 21. November 2012, wonach den Regelungen zur Strafverhütung nicht zu entnehmen sei, ob sie eine konkrete Gefahr im Sinne des §54 Nr. 3 a) Ordnungsbehördengesetz (OBG) voraussetzen (ThürVerfGH, a.a.O., Rn. 237 der JURIS-Fundstelle). Zwar stellte die damalige Begründung der Landesregierung zum Gesetzentwurf in § 34 Abs. 1 PAG-E unmissverständlich fest, dass

der Einsatz besonderer Mittel der Datenerhebung nur zur Abwehr konkreter Gefahren für die in der Vorschrift genannten hochwertigen Rechtsgüter zulässig ist. Die Begründung zum Gesetzentwurf liegt dem Rechtsanwender in der Praxis aber nicht vor. Die Klarstellung im Gesetzestext ist also im Sinne der Normenklarheit zu begrüßen.

Die Limitierung der geschützten Rechtsgüter durch Streichung des Zusatzes „*oder für Sachen, soweit eine Gefahr besteht*“, dient zwar dem stärkeren Schutz von personenbezogenen Daten. Der Eingriff in das Recht auf Informationelle Selbstbestimmung zum Schutze von Sachwerten erfordert immer eine sorgfältige Abwägung. Es scheint aber aus datenschutzrechtlicher Sicht jedenfalls nicht erforderlich, ein Eingreifen bei Gefahren für Sachwerte, wie im Entwurf geschehen, komplett zu unterbinden. Die Kollision zweier grundrechtlicher Schutzpflichten unterliegender Güter kann sachgerechter im Rahmen der Abwägung erfolgen. Der mit dieser Änderung festgelegte pauschale Vorrang **der** Informationellen Selbstbestimmung vor dem Eigentum und vor bedeutenden Sachgütern der Allgemeinheit wird dem nicht gerecht. Ein Kompromiss könnte in der klarstellenden und die Abwägung leitenden Limitierung auf Sachgüter von bedeutendem Wert für den Einzelnen oder für die Allgemeinheit bestehen.

2. § 34 Abs. 3: Zu begrüßen sind die Klarstellungen innerhalb des Absatz 3. Durch Streichung des § 34 Abs. 3 Nr. 2 PAG wird die dortige Sonderstellung der Seelsorge beseitigt und die Normstruktur vereinfacht. Da diese von dem Zeugnisverweigerungsrecht des § 53 StPO (§ 34 Abs. 3 Nr. 2 PAG-E) mit umfasst sind, war die ausdrückliche Nennung nicht notwendig.

3. § 34 Abs. 4: Die Anpassungen hinsichtlich der Anordnungsbefugnis bei Gefahr in Verzug sind begrüßenswert. Sie sind klarer als der bisherige Wortlaut und sorgen für eine Vereinheitlichung der Formulierung der Anordnungsbefugnisse innerhalb des PAG.

4. § 34 Abs. 7: Eine genauere Ausgestaltung des Einsatzes von Vertrauenspersonen i.S.d. § 34 Abs. 2 Nr. 5 PAG durch den § 34 Abs. 7 PAG-E ist im Sinne der

Normklarheit und zum Schutze des allgemeinen Persönlichkeitsrechts grundsätzlich zu begrüßen. Ergänzend ist jedoch, wie auch bereits in der Stellungnahme des TLfDI vom 2. September 2013 (hier Seite 3-4) zum damaligen Entwurf auf Folgendes hinzuweisen:

§ 34 Abs. 2 Nr. 4 PAG nennt als besonderes Mittel der Datenerhebung den nicht offen ermittelnden Polizeibeamten (NOEP). Da dessen Einsatz, anders als der Einsatz von Polizeibeamten unter einer Legende (verdeckter Ermittler, § 34 Abs. 2 Nr. 3 PAG-), nicht der Anordnung durch einen Richter unterliegt, ist zwecks Abgrenzung des Einsatzes dieser beiden Mittel zur Datenerhebung zumindest eine gesetzliche Definition des NOEP erforderlich. Hinreichende Anhaltspunkte zur Abgrenzung gibt die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Urteil des BGH vom 06.02.1996, NJW 1996, S. 2108).

III. Zu Nr. 5 (§ 34a PAG-E)

1. § 34a Abs. 1: Wie bereits unter II.1 dieser Stellungnahme ausgeführt, ist die Berücksichtigung der Ausführungen des ThürVerfGHs (ThürVerfGH, a.a.O., Rn. 237 der JU-RIS-Fundstelle) durch Verwendung des Begriffs der konkreten Gefahr zu begrüßen.

Zur Limitierung der zu schützenden Rechtsgüter durch Streichung des Zusatzes „oder für Sachen, soweit eine gemeine Gefahr besteht“ vergleiche sinngemäß bereits bei II.1 in dieser Stellungnahme.

Der Normklarheit dient daneben der Ersatz der umständlichen Formulierung „für die für die Gefahr Verantwortlichen“ durch „durch bewusstes Zusammenwirken mit dem für die Gefahr Verantwortlichen“.

2. § 34a Abs. 2, 3: Es wird – auch vor dem Hintergrund, dass die Maßnahme der Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation gem. § 34 Abs. 2 PAG nur von einem Richter gem. § 34 Abs. 5 Satz 1 PAG angeordnet werden kann – gebeten zu prüfen, ob die **vollständige** Streichung der Infiltration informationstechnischer Systeme im Bereich der Gefahrenabwehr ermittlungspraktisch zu angemessenen Ergebnissen führt. Zwar ist ein starker Schutz informationstechnischer Systeme vor

staatlichem Zugriff im Grundsatz nicht nur zu begrüßen, sondern durch das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (BVerfG, Urt. v. 27. Februar 2008 – 1 BvR 370/07) sogar geboten. Im Hinblick auf die technische Verlagerung von Kommunikation weg von klassischen Telefonanlagen ist aber eine Abwägung mit den notwendigen Möglichkeiten zur effektiven Gefahrenabwehr notwendig.

3. § 34a Abs. 4: Siehe zu den inhaltsgleichen Anpassungen bereits unter II.2 der Stellungnahme.

4. § 34a Abs. 5: Die Klarstellung, dass bei Verweigerung einer Zustimmung durch das Gericht die Daten unverzüglich zu löschen sind, ist im Hinblick auf die Stärkung der Rechte des Betroffenen zu begrüßen.

5. § 34a Abs. 6: Die Überwachung der Telekommunikation stellt insbesondere zum Zwecke der präventiven Gefahrenabwehr einen erheblichen Eingriff in das Recht der informationellen Selbstbestimmung dar. Eine Ausweitung des Richtervorbehalts stärkt insoweit den Schutz der Betroffenen. Es scheint jedoch angebracht, hier vor einer deutlichen Einkürzung des Maximalzeitraums von drei Monaten auf einen Monat und der jeweiligen Verlängerungen auf ebenfalls einen Monat, **zunächst zu evaluieren**, wie von der Möglichkeit der Überwachung der Telekommunikation nach § 34a PAG zur Zeit Gebrauch gemacht wird. Denn bei den jetzigen Anordnungszeiträumen von drei Monaten und eine Verlängerung um je drei Monate handelt es sich um Maximalfristen. Im Rahmen der richterlichen Abwägungsentscheidung kommt somit auch jetzt bereits die Anordnung für kürzere Zeiträume in Frage. Eine Änderung wäre insoweit nur dann zwingend, wenn in der Praxis von kürzeren Anordnungen de facto kein Gebrauch gemacht würde.

IV. Zu Nr. 6 (§ 34b PAG-E)

Wie bereits unter II.1 und III.1 dieser Stellungnahme ausgeführt, ist die Berücksichtigung der Ausführungen des ThürVerfGHs (ThürVerfGH, a.a.O., Rn. 237 der JURIS-Fundstelle) durch Verwendung des Begriffs der konkreten Gefahr zu begrüßen.

Zur Beschränkung der geschützten Rechtsgüter und dem bewussten Zusammenwirken vgl. ebenfalls bereits bei III.1.

V. Zu Nr. 7 (§ 34c PAG-E)

Wie bereits unter II.1. dieser Stellungnahme ausgeführt, ist die Berücksichtigung der Ausführungen des ThürVerfGHs (ThürVerfGH, a.a.O., Rn. 237 der JU-RIS-Fundstelle) durch Verwendung des Begriffs der konkreten Gefahr zu begrüßen. Zur Beschränkung der geschützten Rechtsgüter und vgl. ebenfalls bereits bei Nr. III. 1 dieser Stellungnahme. Die Orientierung an den Begrifflichkeiten des TKG (Diensteanbieter) dient der Normklarheit.

VI. zu Nr. 8 (§ 34d PAG-E)

Bei der Unterbrechung der Kommunikation handelt es sich nicht vorrangig um eine datenschutzrechtliche Problemstellung. Die Stärkung von Kommunikationsgrundrechten und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht erscheint aber allgemein aus rechtsstaatlicher Sicht begrüßenswert. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Individualkommunikation unterliegen Einschränkungen dieser besonderen verfassungsrechtlichen Vorgaben und sind auf das Notwendigste zu beschränken.

VII. zu Nr. 9 (§ 34e PAG-E)

Wie bereits unter II.1. dieser Stellungnahme ausgeführt, ist die Berücksichtigung der Ausführungen des ThürVerfGHs (ThürVerfGH, a.a.O., Rn. 237 der JURIS-Fundstelle) durch Verwendung des Begriffs der konkreten Gefahr zu begrüßen. Ebenso begrüßenswert ist die genauere Spezifizierung der durch diese Gefahr betroffenen Rechtsgüter.

VIII. zu Nr. 10 (§ 35 PAG-E)

Wie bereits unter II.1. dieser Stellungnahme ausgeführt, ist die Berücksichtigung der Ausführungen des ThürVerfGHs (ThürVerfGH, a.a.O., Rn. 237 der JU-RIS-Fundstelle) durch Verwendung des Begriffs der konkreten Gefahr zu begrüßen. Zur

Beschränkung der geschützten Rechtsgüter und vgl. ebenfalls bereits bei III.1. Hinsichtlich der Streichung des Abs. 6 Nr. 2 sei auf I.2. dieser Stellungnahme verwiesen.

IX. zu Nr. 11 (§ 36 PAG-E)

Hinsichtlich der Streichung des § 36 Abs. 2 Nr. 2 sei auf II.2. dieser Stellungnahme verwiesen. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist die Stärkung der Benachrichtigungspflichten gegenüber dem Betroffenen zu begrüßen. Ein Verzicht auch auf eine nachträgliche Benachrichtigung muss bei Maßnahmen, die tief in das allgemeine Persönlichkeitsrecht eingreifen, den seltenen Ausnahmefall darstellen. Der verlängerte Verzicht ist hier besonders rechtfertigungsbedürftig. Dem wird durch die Schaffung umfassender Richtervorbehalte hier Rechnung getragen.

Es wird jedoch gebeten zu prüfen, ob die nahezu vollständige Unmöglichkeit einer Verlängerung des Aufschubs der Benachrichtigung nach Überschreiten der 5-Jahres-Grenze zu angemessenen Ergebnissen führt. Bei Gefahren für Rechtsgüter von überragender Bedeutung (z.B. Leib und Leben weiterhin verdeckt ermittelter Polizeibeamter) sollte auch eine Verlängerung über 5 Jahre hinaus sichergestellt sein. Es wird zudem gebeten zu prüfen, ob der in § 36 Abs. 5 Satz 1 PAG-E erneut genannte Fristablauf von sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, der eine richterliche Zustimmung für die weitere Zurückstellung der Benachrichtigung nach sich zieht, den Vorgaben des ThürVerfGHs gerecht wird.

So übt der ThürVerfGH Kritik daran, dass der Gesetzgeber die Ausnahmen von der Mitteilungspflicht für alle heimlichen Datenerhebungen einheitlich regelt und dabei aus dem Blick verliert, dass der jeweils vom Mittel der verdeckten Datenerhebung abhängende Eingriff in die Grundrechte unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Für einige Maßnahmen könnte daher eine kürzere Nachprüfungsfrist erforderlich sein.

X. zu Nr. 13 (§ 78 PAG-E)

Die Einführung einer Evaluierung der Auswirkungen dieser Gesetzesänderungen und zum Anpassungs- und Ergänzungsbedarf wurde für Teilbereiche bereits in der Stellungnahme des TLfDI vom 19. April 2013 angeregt und wird begrüßt.

Bitte nehmen Sie das anliegende Beiblatt mit Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beim TLfDI zur Kenntnis.

Mit fre~~y~~ndlichen Grüßen

Dr./Lutz Hasse

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontaktdaten**:

TLfDI

Häßlerstraße 8

99096 Erfurt

Tel.: +49 (361) 57-3112900

Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de¹

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG² i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.

3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.

Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.

Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.

4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis

zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.

6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI³ bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:

Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail:

datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de

7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.

Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.²

***Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

¹ verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

² Nur für den nichtöffentlichen Bereich

³ Siehe Nr. 1.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none; text-align: center;">Amtsgericht Bad Salzungen</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none; text-align: center;">Kirchplatz 6-8</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none; text-align: center;">36433 Bad Salzungen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Amtsgericht Bad Salzungen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kirchplatz 6-8	Postleitzahl, Ort	36433 Bad Salzungen
	Name	Organisationsform									
		Amtsgericht Bad Salzungen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kirchplatz 6-8									
Postleitzahl, Ort	36433 Bad Salzungen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Judikative	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Gesetzesentwurf entspricht im Wesentlichen den Vorgaben des BVerfG. Ergänzungen, Konkretisierungen sind notwendig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bad Salzungen, 13.8.21	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

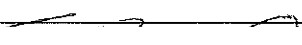
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Pollzelaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"><i>Notarkammer Thüringen</i></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"><i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"><i>Regierungsstraße 28</i></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"><i>99084 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Notarkammer Thüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Regierungsstraße 28</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Notarkammer Thüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Regierungsstraße 28</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Verhütung des Notariats und Notare in Thüringen und Wahrnehmung der Aufgaben gem. § 67 PN. 10</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>um den Schutz der Berufsgeheimnis- träger</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Ehrt, 06.05.2021</i>	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes		
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP		
- Drucksache 7/3153 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;"><i>Der Direktor des Amtsgerichts</i></div> <div style="flex: 1;"><i>Amtsgericht O. R. Staatliches Gericht</i></div>	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
<div style="flex: 1;"><i>Schlößstr. 2</i></div> <div style="flex: 1;"><i>07646 Stadtroda</i></div>		
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</div>	
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Rechtsprechung</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Entwurf erfüllt überwiegend die inhaltliche und nach dem Beschl. des ThürVerfGH vom 21.11.2021 (VerfGH 19/09) auch notwendige Anforderungen. In diesem Punkt besteht noch Überarbeitungsbedarf</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Stadtopole</i> 14. SEP. 2021	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none; text-align: center;">Amtsgericht Rudolstadt</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Amtsgericht Rudolstadt Marktplatz 54, 07407 Rudolstadt</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Marktplatz 54</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Amtsgericht Rudolstadt	Geschäfts- oder Dienstadresse	Amtsgericht Rudolstadt Marktplatz 54, 07407 Rudolstadt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Marktplatz 54	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
	Name	Organisationsform									
		Amtsgericht Rudolstadt									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Amtsgericht Rudolstadt Marktplatz 54, 07407 Rudolstadt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Marktplatz 54									
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	- Leitung des Amtsgerichts Rudolstadt, Justizverwaltung - Richterliche Tätigkeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, < sowohl als auch > <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	Gesetzgeberischer Bedarf besteht Konkretisierung des Gefahrenbegriffs ist notwendig	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 02.09.2021	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (DrS. 7/3153), Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Augustinerstr. 10</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
Was ist der <u>Schwerpunkt</u> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?											

	(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Beauftragter der Ev. Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Derzeit bezieht sich das Polizeiaufgabengesetz konkret und eindeutig bei den Beschränkungen für die besonderen Arten der polizeilichen Datenerhebung auf die „Geistlichen und ihre Berufshelfer“. Künftig müsste dieser Personenkreis unter den Begriff der „Berufsgeheimnisträger“ subsumiert werden. Eine inhaltliche Änderung ihres Status kann damit nicht verbunden sein. Zur Verdeutlichung, dass es sich nur um eine redaktionelle Änderung handelt, ist ein klarer Hinweis in der Begründung zum Gesetz erforderlich. Der Formulierung „Zuordnung zu einem Vertrauensverhältnis zu einem Berufsgeheimnisträger“ unterliegt im Zweifel jedes mit einem Pfarrer/einer Pfarrerin im Rahmen der Dienstausbübung geführte Gespräch, dass einen Bezug zu diesem seelsorgerlichen Vertrauensverhältnis aufweist, wie auch bereits die Kontaktaufnahme zu einem Seelsorger,	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erfurt, 02.09.2021	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
02.09.2021 13:36

21617/21

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum
01.09.21

Aktenzeichen
3.0.2.6.

Betreff: Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (DrS. 7/3153),
hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Dsr. 7/3153

Ihre Nachricht vom 22. Juli 2021

Sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses,

die evangelischen Kirchen im Freistaat Thüringen danken Ihnen für die Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Drucksache 7/3153).

Das Interesse an einer die technische Entwicklung berücksichtigende, effektive Arbeitsweise der Polizei und das Ziel ihrer sachgerechten und angemessenen Ausstattung sind selbstverständlich zu befürworten. Gleichzeitig besteht zurecht eine Sensibilität für die Gefahren im Zusammenhang mit Datenerhebungen durch den Staat – konkret: die Sicherheitsbehörden. Rechtsstaatlichkeit und Achtung der bürgerlichen Freiheitssphäre sind wichtige und notwendige Maßstäbe bei der polizeilichen Arbeit. Auch schwingen bei diesem Thema die leidvollen Erfahrungen mit dem DDR-Regime mit, wo eine unbegrenzte und einer rechtsstaatlichen Bindung Hohn sprechende Kontrolle der Bürger durch die Sicherheitsbehörden stattfand. Zusammenfassend begrüßen wir deshalb gesetzgeberische Maßnahmen zur Konkretisierung der Eingriffsbefugnisse und zum besseren Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung.

Von wesentlichem Interesse für die evangelischen Kirchen ist in diesem Zusammenhang der Schutz von Berufsgeheimnisträgern vor staatlicher Überwachung. Zu diesen gehören maßgeblich die Pfarrerinnen und Pfarrer und Mitarbeitende in kirchlich-diakonische Beratungsstellen, die sich mit Seelsorge als einem grundlegenden Bestandteil kirchlicher Tätigkeit und zentralem Teil des kirchlichen Auftrags in der Welt beschäftigen.

Seelsorge in der Kirche lebt vom Vertrauen zwischen den Beteiligten, indem hier die Möglichkeit besteht, sein Innerstes zu offenbaren. Da sich Seelsorge den Themen des Kernbereichs der Persönlichkeit und persönlichen Konfliktlagen widmet, führt dies dazu, dass auch gesellschaftlich nonkonformes oder gar straffälliges Verhalten offenbart werden könnte. Um auch in diesen Situationen Auswege aus Verstrickungen und Wege zurück in die Gesellschaft anbieten zu können, ist ein geschützter Rahmen für das seelsorgerliche Gespräch notwendig und verfassungsrechtlich anerkannt. Dieser Schutzraum ist auch bei Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung zu berücksichtigen.

Seelsorger sind deshalb gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 1 StPO zur Zeugnisverweigerung berechtigt; nach den kirchlichen Regelungen über die seelsorgerliche Verschwiegenheit sind sie zur Zeugnisverweigerung verpflichtet. Es handelt sich bei ihnen um Berufsgeheimnisträger.

Auf zwei Punkte im Gesetzentwurf weisen wir insoweit konkret hin:

1. Derzeit bezieht sich das Polizeiaufgabengesetz konkret und eindeutig bei den Beschränkungen für die besonderen Arten der polizeilichen Datenerhebung auf die „Geistlichen und ihre Berufshelfer“. Künftig müsste dieser Personenkreis unter den Begriff der „Berufsgeheimnisträger“ subsumiert werden. Eine inhaltliche Änderung ihres Status kann damit nicht verbunden sein. Zur Verdeutlichung, dass es sich nur um eine redaktionelle Änderung handelt, ist ein klarer Hinweis in der Begründung zum Gesetz erforderlich. Ggf. würde man es auch bei der derzeitigen gesonderten Benennung belassen. Sie schadet jedenfalls nicht.

2. Zugleich weisen wir in Bezug auf die im Gesetzentwurf mehrfach verwendete Formulierung der „Zuordnung zu einem Vertrauensverhältnis zu einem Berufsgeheimnisträger“ darauf hin, dass im Zweifel jedes mit einem Pfarrer/einer Pfarrerin im Rahmen der Dienstausbung geführte Gespräch einen Bezug zu diesem seelsorgerlichen Vertrauensverhältnis aufweist, wie auch bereits die Kontaktaufnahme zu einem Seelsorger den besonderen Schutz vor staatlicher Kenntnisnahme auslöst. Gespräche mit einem Seelsorger unterliegen somit regelmäßig einem Erhebungs- und Erfassungsverbot.

Dies wäre bei einer Neuregelung der Vorschriften des Polizeiaufgabengesetzes sicherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	DPolG Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwerborner Straße 33
	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) [Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN</td> <td style="border: none;">Z.V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">SCHMIDTSTEDTER STR. 3</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	Z.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 3	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
	Name	Organisationsform									
	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	Z.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 3									
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND INTERESSENVERTRETUNG BEAMTE / TARIFBESCHÄFTIGTE	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Es wird die Notwendigkeit gesehen, vor einer Änderung des PAG die Änderungen ausführen zur ihre Notwendigkeit hin zu untersuchen und den Austausch mit den Personalräten + Gewerkschaften sowie Interessenverbänden der Polizei zu suchen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ERFURT, 08.08.2021	



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Per E-Mail

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1483

zu Drs. 7/3153

Landesvorsitzender

Splizenorganisation der Fachgewerk-
schaften
und -verbände des öffentlichen
Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
22. Juli 2021

Datum
9. September 2021

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes
Anhörungsverfahren gemäß §§ 79, 112 Abs. 4 der GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Frau

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zur Anhörung zu o.g. Gesetzentwurf. Der tbb schließt sich inhaltlich vollumfänglich der Stellungnahme seiner Fachgewerkschaft DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft LV Thüringen an.

Frage 1) Wie bewerten Sie den vorliegenden Gesetzesentwurf, insbesondere mit Blick auf die geltende Rechtslage?

Wir sehen gegenwärtig keinen eiligen Bedarf zur diesbezüglichen Änderung des PAG, da die geltende Rechtslage der Thüringer Polizei ermöglicht, sachgerecht zu handeln.

Einen Änderungsbedarf wird in der Änderung der Rechtslage bezüglich Bodycams gesehen. Weiterhin wäre eine Befugnis Erweiterung für die Vollzugskräfte des Zolls angeraten.

Die von der Fraktion der FDP vorgeschlagenen Änderungen bedürfen einer umfassenden Erörterung, damit in einer möglichen Änderung des PAG sachbezogene rechtliche Voraussetzungen unter dem Gesichtspunkt der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit sowie der Bekämpfung/Verfolgung von Straftaten erfolgen können.

Frage 2) Wie bewerten Sie das aktuell bestehende Verhältnis zwischen Gefahrenabwehr und Grundrechtseingriffen auf Basis der bestehenden Rechtslage und mit Blick auf die praktische Ausübung?

Die Anforderungen an die Polizei im Rahmen der Gefahrenabwehr sind in den letzten Jahren gestiegen und steigen weiter. Insbesondere die sich gegenwärtig abzeichnenden neuen Störfaktoren bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit

durch die Polizei in der Gefahrenabwehr stellen die Polizei vor große Herausforderungen. Durch diese sich gerade gegenwärtig verschärfende Lagebedingungen und Verunsicherung der Bevölkerung durch Störer der Demokratie in unserem Land sind die durch Gesetz geregelten Grundrechtseingriffe unabkömmlich. In der praktischen Ausübung wäre eine Schaffung von zu hohen Hürden für die Polizei kontraproduktiv und würde nur die Feinde der Demokratie stärken.

Frage 3) Sind Sie der Ansicht, dass Berufsheimnisträger mit der aktuellen Rechtslage ausreichend geschützt sind?

Ja, die gegenwärtige Rechtslage bietet ausreichenden Schutz.

Frage 4) Gibt es nach Ihrer Ansicht in der Praxis Herausforderungen in der Anwendung des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG -), insbesondere in Bezug auf ausreichende präzisierte Entscheidungsgrundlagen für Polizei und Justiz?

Der polizeiliche Alltag ist stets mit Herausforderungen durch verschiedene polizeiliche Lagen geprägt. Das PAG dient der Polizei dazu, diese Herausforderungen zu bewältigen und die praktische Handhabung zu schärfen. Weitere ausreichende präzisierte Entscheidungsgrundlagen für Polizei und Justiz werden dahingehend gesehen, dass die sich gegenwärtig verschärft entwickelnden massiven Angriffe auf unsere öffentliche Ordnung oder Sicherheit, insbesondere durch Feinde der Demokratie, einer Betrachtung zu unterziehen wären in deren Folge eine Anpassung des PAG ggf. notwendig werden könnte.

Frage 5) Sind Sie der Ansicht, dass die Anforderungen, die der Verfassungsgerichtshof Thüringen in seinem Urteil vom 21. November 2012 (VerfGH 19/09) formuliert hat, in der aktuellen Gesetzgebung ausreichend Beachtung gefunden haben?

Diesbezüglich regen wir an, dass sich im Rahmen einer Auswertung und Bewertung dieser Frage ausführlich damit befasst werden sollte. Eine pauschale Feststellung, die aktuelle Gesetzgebung sei unzureichend, ist nicht zielführend.

Frage 6) Sehen Sie in der Überwachung von Maßnahmen durch Polizei und das Thüringer Amt für Verfassungsschutz durch dasselbe parlamentarische Gremium (parlamentarische Kontrollkommission) die Gefahr einer Verletzung des Trennungsgebotes zwischen Polizei und Geheimdienst?

Das Trennungsgebot unterliegt in der öffentlichen Diskussion starken Schwankungen. Doch neue Herausforderungen für die Polizei und Nachrichtendienste lassen, nahezu regelmäßig, das Trennungsgebot wieder in den Fokus politischer und auch gesellschaftlicher Erörterungen treten. Die DPolG beantwortete uns gegenüber die Frage daher mit: Ja.



Frage 7) Erachten Sie eine Regelung im Polizeiaufgabengesetz für notwendig, die die Eilzuständigkeit für Vollzugskräfte der Zollverwaltung normiert?

Ja, diese Notwendigkeit wird gesehen. Mit der sich gegenwärtig abzeichnenden Verschärfung der Sicherheitslage wird dieses Erfordernis sogar für zwingend angesehen und sollte zeitnah Realisierung finden.

Frage 8) Wie bewerten Sie die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Änderung der Eingriffsschwelle in Bezug auf den Gefahrbegriff in der polizeilichen Generalklausel (§12) sowie in den Normen zu den besonderen Mitteln zur Datenerhebung (§§ 34 ff.)?

Hier wird gegenwärtig kein Änderungsbedarf gesehen.

Frage 9) Wie bewerten Sie – auch mit Blick auf die praktische Anwendung – die Voraussetzungen für einen Präventivgewahrsam?

Präventivgewahrsam ist ein geeignetes Mittel zur Abwendung von besonderen Gefahrensituationen im polizeilichen Alltag oder bei besonderen Lagen. Der Polizei muss im Rahmen der polizeilichen Gefahrenabwehr die Möglichkeit gegeben werden, gegenüber Störer oder zur Verhinderung von Straftaten den Präventivgewahrsam anwenden zu können. Zukünftig sollte eine Auswertung und Bewertung der gegenwärtigen diesbezüglichen Rechtslage und des polizeilichen Alltages erfolgen, um diese Fragestellung umfassend erörtern zu können.

Frage 10) Hierzu liegen der DPolG keine Erkenntnisse vor.

Frage 11) Hierzu liegen der DPolG keine Erkenntnisse vor.

Frage 12) Wie bewerten Sie, dass Daten von Dritten auch bei mehr oder weniger zufälligen Bekanntschaftsverhältnis einer völligen Überwachungsmöglichkeit ausgesetzt sein können (vgl. § 34 Abs. 1 Nr. 2 der aktuell in Kraft befindlichen Fassung des PAG)?

Die in der gegenwärtigen Rechtslage vorgegebenen Eingriffsrechte der Polizei dienen ausschließlich dem Zweck der Erfüllung polizeilicher Aufgaben die auf konkrete Verdachtsmomente oder anderweitigen Anhaltspunkten zurückgreifen. Ein Bezug zu einer „völligen Überwachungsmöglichkeit“ wird nicht gesehen.

Frage 13) Werden die geltenden Regelungen zum Schutz des persönlichen Kernbereiches als ausreichend empfunden oder sollte diesem durch höhere Eingriffsschwellen, wie etwa im Gesetzentwurf der FDP gefordert, vermehrter Schutz zukommen?

Die geltenden Regelungen werden als ausreichend angesehen. Eine höhere Eingriffsschwelle wird für nicht notwendig erachtet und der Schutz privater Rechte ist ausreichend vorgesehen. Dahin gehende Verstöße die eine Änderung der Regelungen erfordern würden sind nicht bekannt.

Frage 14) Erachten Sie es für notwendig, dass für erhobene Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzuordnen sind, neben einem Lösungsgebot auch ein Verwendungsverbot zusätzlich zu dem der Strafprozessordnung auch im PAG zu normieren

ist? Wie bewerten Sie auch in diesem Zusammenhang, dass nach dem Gesetzentwurf der Kernbereich privater Lebensgestaltung schon bei überwiegender Betroffenheit geschützt werden soll?

Eine Normierung eines Verwendungsverbotes wird nicht gesehen. Die vorhandenen Rechtsgrundlagen zur Durchsetzung privater Rechte sind ausreichend.

Frage 15) Wie bewerten Sie die vorgeschlagenen Änderungen zu § 36 Abs. 3 bis 5, die eine grundsätzliche Benachrichtigungspflicht mit Ausnahmen normieren?

Gegenüber einer grundsätzlichen Benachrichtigungspflicht ist nichts einzuwenden und könnte so normiert werden.

Frage 16) Wie bewerten Sie den vorliegenden Gesetzentwurf im Hinblick auf die praktische Arbeit der Polizei?

Der vorliegende Gesetzentwurf wäre hinsichtlich der praktischen Arbeit der Polizei tiefgreifend zu erörtern, ob alle vorgeschlagenen Änderungen in der praktischen Polizeiarbeit überhaupt umsetzbar bzw. zielführend sind. Eine zu starke Bindung des polizeilichen Arbeitens unter teilweise fehlender Zeit (Eilbefugnis) an „unnötige“ Einschränkungen wäre nicht ratsam.

Frage 17) Sehen Sie die Notwendigkeit, die bestehende Gesetzeslage im Sinne des vorliegenden Gesetzentwurfes zu ändern?

Ohne eine tiefgründige Bewertung/Auswertung der gegenwärtigen Rechtsgrundlage zu den Änderungsabsichten wird keine Notwendigkeit im Sinne des vorliegenden Gesetzentwurfes gesehen.

Frage 18) Halten Sie es für die Arbeit der Polizei für zielführend, im Sinne des Gesetzentwurfes weitere Befugnisse unter Richtervorbehalt zu stellen?

Weitere Befugnisse der Polizei unter Richtervorbehalt zu stellen macht nur Sinn, wenn auch ausreichende Richter zu jeder Zeit zur Verfügung stehen, um eine Entscheidung zum Antrag der Polizei zu treffen. Gegenwärtig schätzen wir ein, dass die Befugnisse der Polizei mit Richtervorbehalt schon dahingehend große Anstrengungen bedürfen, dass Bereitschaftsrichter erreicht werden, um eine Entscheidung zu treffen. Demzufolge halten wir es gegenwärtig nicht für zielführend.

Frage 19) Hierzu liegen keine Erkenntnisse zur Bewertung der Fragestellung vor.

Frage 20) Hierzu liegen keine Erkenntnisse zur Bewertung der Fragestellung vor.

Frage 21) Wird der vorliegende Gesetzentwurf hinreichend gerecht?

Nein, der vorliegende Gesetzesentwurf wird vielen nicht gerecht.

Eine klare Definition der „heimlichen Datenerhebung“ im Sinne des Gesetzentwurfes wäre angeraten.

Der polizeiliche Gefahrenbegriff ist ausreichend hinterlegt und bedarf keiner Sonderregelung durch ein einzelnes Bundesland.

Die Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen- und Beamten im Gesetz müsste dahingehend erfolgen, alle Beamten der Thüringer Polizei oder nur ein Teil und eine Normierung im Gesetz notwendig?

Weiterer Schutz persönlicher Rechte im Vergleich zur Bekämpfung oder Vorbeugung von Straftaten muss gründlich betrachtet werden.

Technische Möglichkeiten der Polizei sind heute erforderlich und sollten sich an technischen Standard orientieren.

Freiheitsentziehungen, häusliche Gewalt, verdachtsunabhängige Kontrollen, etc. sind erst mal umfassend zu erörtern, auch mit den Polizeigewerkschaften.

Frage 22) Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Hinweisen und Anregungen folgen würden. Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>DJV Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Anger 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	DJV Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 44	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	DJV Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 44									
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gewerkschaft und Berufsverband der Journalist*innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Grundsätzliche Bedeutung für die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten hat die Schutzwirkung der §§ 53, 53a in der Strafprozessordnung. In der aktuell in Kraft befindlichen Fassung als auch im vorliegenden Gesetzentwurf ist aber unklar, ob auch „unvermeidbar“ betroffene Dritte diesem Schutzbereich unterliegen. Hier wäre eine Konkretisierung wünschenswert. Die vorgeschlagenen Ergänzungen des derzeit für Thüringen geltenden § 21 des Polizeiaufgabengesetzes erscheinen zudem wenig zielführend.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erfurt, 08.09.2021	



THÜR. LANDTAG POST
08.09.2021 15:31

22/35/21

08.09.2021

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

**Stellungnahme des
DJV-Landesverbandes Thüringen
zum**

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes –
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 7/3153**

Am 22. Juli 2021 hat der Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages dem DJV Thüringen den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Drucksache 7/3153) mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 9. September 2021 zugesandt.

Der Deutsche Journalisten-Verband bedankt sich dafür, dass er in dieses Gesetzgebungsverfahren einbezogen wird. In unserer Stellungnahme werden wir uns weitestgehend auf die Fragestellungen beschränken, die die Arbeit von hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten tangieren könnten. Eine fundierte juristische Bewertung oder eine Beurteilung der Praktikabilität ist dem DJV Thüringen aus naheliegenden Gründen nicht möglich. Gegebenenfalls erlauben wir uns an der ein oder anderen Stelle aber dennoch einige grundsätzliche Bemerkungen, da das Spannungsfeld zwischen grundgesetzlich geschützten Freiheitsrechten und dem diese Rechte teilweise nicht unerheblich einschränkende Polizeiaufgabengesetz auch einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtung und vor allem Bewertung unterliegen muss.

Nachfolgend wird versucht, weitestgehend auf den vom Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages übersandten Fragenkatalog Bezug zu nehmen. Die derzeit gültige Fassung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes wird dabei mit PAG abgekürzt, der Gesetzentwurf hingegen mit PAG-E (Entwurf).



Frage 1: Wie bewerten Sie den vorliegenden Gesetzentwurf, insbesondere mit Blick auf die geltende Rechtslage?

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Eine Bewertung mit Blick auf die geltende Rechtslage soll den entsprechenden Fachverbänden bzw. Fachleuten vorbehalten bleiben. Grundsätzliche Bedeutung für die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten hat die Schutzwirkung der §§ 53, 53a in der Strafprozessordnung. Diese Schutzwirkung darf in keinem Fall ausgehebelt werden. Dies ist im vorliegenden Gesetzentwurf nicht zu erkennen.

Internet:
www.djv-thueringen.de

Die Streichung der Passage, dass die Abwehr einer „gemeinen Gefahr für Sachen“ ebenfalls eine Datenerhebung durch den Einsatz von besonderen Mitteln nach § 34 Abs. 2 PAG rechtfertigt, ist nachvollziehbar. Entsprechend schwerwiegende Grundrechtseingriffe lassen sich lediglich durch die Gefahr für höchste Rechtsgüter rechtfertigen. Etwas verwunderlich und wenig stringent erscheint allerdings die Streichung des Protokollierungsgebots der Löschung bereits erhobener Daten, wenn keine nachträgliche richterliche Bestätigung der angeordneten Maßnahme erfolgt (§ 34 IV Satz 4 PAG). Eventuell Betroffenen wird so ggf. die Möglichkeit der Nachvollziehbarkeit genommen.

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Aus Sicht des DJV Thüringen positiv zu werten ist die Verkürzung der Befristung des Einsatzes und der Verlängerung dieses Einsatzes besonderer Mittel im § 34 Abs. 4 Satz 6 und 7 PAG-E sowie im § 34d Abs. 2 Satz 2. So ist sichergestellt, dass die Maßnahmen u.a. der regelmäßigen Überprüfung auf Notwendigkeit unterliegen.

Frage 3: Sind Sie der Ansicht, dass Berufsgeheimnisträger mit der aktuellen Rechtslage ausreichend geschützt sind?

Bereits oben angesprochen wurde die Schutzwirkung der §§ 53, 53a StPO. Danach gelten auch „[...] Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Druckwerken, Rundfunksendungen, Filmberichten oder der Unterrichtung oder Meinungsbildung dienenden Informations- und Kommunikationsdiensten berufsmäßig mitwirken oder mitgewirkt haben.“¹ als Berufsgeheimnisträger und sind somit zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt. Dieser Vorbehalt ist bereits in der geltenden Fassung der §§ 34 ff. des Polizeiaufgabengesetzes enthalten und stellt somit die besondere Aufgabe und das daraus resultierende erhöhte Schutzbedürfnis von Journalistinnen und Journalisten heraus. Daran hält auch der vorliegende Gesetzesentwurf zu Recht konsequent fest.

Als nicht nur redaktionelle Korrekturen erachtet der DJV Thüringen bspw. die Streichung der Absätze 2 und 3 im § 34a PAG. Dies macht aus unserer Sicht deutlich, dass es weniger um technische, sondern vielmehr um die rechtlichen Rahmenbedingungen gehen soll sowie um die Einschränkungen, denen die beschriebene Maßnahme zum Schutz der Privatsphäre unterliegen.

¹ Vgl. <https://dejure.org/gesetze/StPO/53.html>



Frage 8: Wie bewerten Sie die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Änderung der Eingriffsschwelle in Bezug auf den Gefahrbegriff in der polizeilichen Generalklausel (§ 12) sowie in den Normen zu den besonderen Mitteln der Datenerhebung (§§ 34 ff.)?

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Das nunmehr auf eine „konkrete“ Gefahr abgestellt wird ist konsequent. Derart schwerwiegende Grundrechtseingriffe können nicht nur mit einer abstrakten Gefahr oder gar einem Gefahrenverdacht gerechtfertigt werden. Eine konkrete Gefahr zeichnet sich im Wesentlichen dadurch aus, dass „[...] in dem zu beurteilenden konkreten Einzelfall in überschaubarer Zukunft mit dem Schadenseintritt hinreichend wahrscheinlich gerechnet werden kann [...]“². Daraus erwächst i.d.R. ein akuter Handlungsbedarf. Wenn dieser allerdings nicht besteht, gibt es auch keine Grundlage für den Einsatz besonderer Mittel der Datenerhebung. Darüber hinaus folgt die Verschärfung der Vorschriften in § 12 sowie den §§ 34 ff. PAG-E der einschlägigen Rechtsprechung.

Internet:
www.djv-thueringen.de
E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Frage 10: Sind Ihnen Fälle bekannt, in denen eine entsprechende Überwachung zur Eigensicherung der Polizei oder auch zur Gewährleistung der Sicherheit des in Gewahrsam genommenen hilfreich gewesen wäre, um Schaden abzuwenden (Vgl. Änderungsvorschlag zu § 21)? Könnten Berufsgeheimnisträger von einer solchen Maßnahme betroffen sein und wenn ja, wie könnte dies in der Praxis ausgeschlossen werden?

Selbstverständlich ist ein Fall, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus, bekannt, in dem eine wie oben beschriebene Überwachung hilfreich gewesen wäre. Die Rede ist vom „Fall Oury Jalloh“³. Gleichzeitig zeigt das Geschehen am 7. Januar 2005 in Dessau auch die Schwächen einer solchen, im „Fall Oury Jalloh“ wohl lediglich akustischen, Überwachung auf. Wenn es nämlich Polizeibeamten möglich ist, diese Überwachung selbstständig zu unterbrechen oder sie schlichtweg zu ignorieren, dann hat diese keinen Wert für die Gewährleistung der Sicherheit eines in Gewahrsam genommenen Menschen.

Darüber hinaus ist eine Fallkonstellation, bei der eine solche Überwachung der Eigensicherung der Polizei dienen soll, nur schwer vorstellbar. Menschen, die in Gewahrsamszellen oder in für die Ingewahrsamnahme ausgestattete Räume gebracht werden, werden i.d.R. zuvor gründlich auf gefährliche Gegenstände durchsucht. Zudem ist es ihnen naturgemäß nicht möglich, solche Räumlichkeiten selbstständig zu verlassen. Inwieweit diese Menschen dann für Polizeibeamte eine Gefahr darstellen sollen, ist nicht ersichtlich. Der DJV Thüringen schließt allerdings nicht aus, dass dieser Mangel an Vorstellungskraft in den fehlenden tieferen Einblicken in die tägliche Polizeiarbeit begründet ist.

² Vgl. BVerwG 4 C 99.67

³ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Oury_Jalloh



Gleichzeitig eröffnet die Fragestellung richtigerweise ein neues Problem, welches mit der vermeintlichen Lösung eines anderen auftritt: Wie ausgeschlossen werden könnte, dass Berufsgeheimnisträger⁴ von solchen Maßnahmen nicht betroffen wären. Dies würde nur gewährleistet werden können, wenn die eingesetzten Polizeibeamten die Möglichkeit hätten, die Überwachung zu unterbrechen – was aber wiederum die oben bereits beschriebenen Folgen hätte.

Insofern erscheinen die vorgeschlagenen Ergänzungen des derzeit für Thüringen geltenden § 21 des Polizeiaufgabengesetzes wenig zielführend. Zudem könnte die in der Fragestellung beschriebene Abwehr einer, möglicherweise im Einzelfall konkreten, aber zunächst erst einmal nur abstrakten, Gefahr durch weitaus mildere Mittel als einer technischen Überwachung sichergestellt werden, bspw. durch regelmäßige Kontrollgänge.

ANGER 44

99084 ERFURT

TEL.: +49 361 566 05 29

FAX: +49 361 562 69 39

Internet:

www.djv-thueringen.de

E-Mail:

info@djv-thueringen.de

Frage 12: Wie bewerten Sie, dass Daten von Dritten auch bei mehr oder weniger zufälligem Bekanntschaftsverhältnis einer völligen Überwachungsmöglichkeit ausgesetzt sein könnten (vgl. § 34 Abs. 1 und 2 der aktuell in Kraft befindlichen Fassung des PAG)?

Aus Sicht des DJV Thüringen ist sowohl in der aktuell in Kraft befindlichen Fassung als auch im vorliegenden Gesetzentwurf unklar, ob auch „unvermeidbar“ betroffene Dritte dem Schutzbereich der §§ 53, 53a StPO unterliegen können. Hier wäre eine Konkretisierung wünschenswert. Und zwar so, dass eine „Anordnung der Maßnahme nach Satz 1 Nr. 2“ auch dann unzulässig ist, wenn unvermeidbar Dritte betroffen wären, die das Recht zur Verweigerung der Aussage nach den §§ 53 oder 53a StPO hätten.

Frage 21: Wird der vorliegende Gesetzentwurf aus Ihrer Sicht etwaigen gesetzlichen Regelungs- bzw. Novellierungsbedarf [...]

[...]

d) zum Berufsgeheimnisträgerschutz [...]

[...]

hinreichend gerecht?

Wie bereits ausgeführt sind sogenannte Berufsgeheimnisträger nach §§ 53, 53a StPO bereits im aktuell in Kraft befindlichen Thüringer Polizeiaufgabengesetz weitestgehend vor der Anordnung bzw. dem Einsatz von „besonderen Mitteln der Datenerhebung“ geschützt. Dieser Schutz umfasst unstrittig auch Journalistinnen und Journalisten.⁵ Wünschenswert wäre eine wie oben beschriebene Konkretisierung bzgl. der von einer Überwachungsmaßnahme „unvermeidbar“ betroffenen Dritten.

⁴ Vgl. §§ 53, 53a StPO

⁵ Vgl. § 53 Abs. 1 Nr. 5

DEUTSCHER
JOURNALISTEN-
VERBAND
GEWERKSCHAFT
DER JOURNALISTEN

LANDESVERBAND
THÜRINGEN E.V.



Im Namen des Deutschen Journalisten-Verbandes Landesverband Thüringen e.V. möchte ich mich abschließend noch einmal ausdrücklich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf bedanken.

Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich gern zur Verfügung.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td style="width: 50%;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

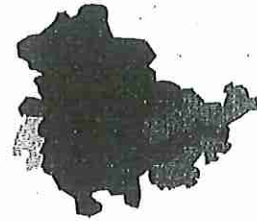
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung Kirchen beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Befürwortung der Beibehaltung der besonderen Erwähnung von Seelsorgerinnen und Seelsorgern als Berufsheimnisträgerinnen und Berufsheimnisträger	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 08.09.2021	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt



Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Ordinariatsrat

Lelter

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Ihr Zeichen:

Aktenzeichen:

Erfurt, den 8. September 2021

Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (Drs. 7/3153)

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

herzlichen Dank für die Beteiligung der Katholischen Kirche am Anhörungsverfahren zum o.g. Gesetzentwurf. Der Schutz von Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträgern im Rahmen der Polizeiarbeit ist für uns ein sehr wichtiges Anliegen. Da auch Seelsorgerinnen und Seelsorger zu dieser Gruppe gehören, sind kirchliche Interessen hier direkt berührt. Aus diesem Grund bezieht sich diese Stellungnahme auf die vorgesehenen Änderungen, die einen expliziten Bezug zur Seelsorge aufweisen.

Wir begrüßen jede Regelung, die das vertrauliche Seelsorgegespräch schützt. Unserer Überzeugung nach muss ein solcher Schutz vorbehaltlos gelten. Im Rahmen von polizeilichen Ermittlungen gilt dies sogar, mithin gerade dann, wenn sich die Gesprächsinhalte (auch Notizen u.ä. hierüber) auf mögliche Straftaten beziehen. Eine solche Vertraulichkeit im Seelsorgegespräch (landläufig auch „Belchtgeheimnis“ genannt) ist für die Katholische Kirche nicht verhandelbar und darf auch nicht leichtfertig gegen das Ermittlungsinteresse aufgewogen werden.

Schon die geltende Rechtslage erkennt dieses Prinzip grundsätzlich an. Hinsichtlich der Beschränkungen bei verdeckten Datenerhebungen sieht der Gesetzentwurf in den §§ 34, 34a, 35 und 36 vor, auf die bisher ausdrückliche Benennung von Seelsorgerinnen und Seelsorgern („Geistlichen“) zu verzichten. Diese werden nun allgemein in die Gruppe der in §§ 53 und 53a StPO genannten Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträger eingereiht.

Dies erscheint zunächst in systematischer Hinsicht folgerichtig. Durch den entsprechenden Verweis auf die Strafprozessordnung dürfte sich daraus per se auch keine materielle Schlechterstellung des Seelsorgeverhältnisses ergeben. Wir möchten dennoch darum bitten, die bisherige gesonderte Benennung der Seelsorge im Polizeiaufgabengesetz beizubehalten.

Wir sehen in der vorgelegten Änderung nämlich zumindest die Gefahr, dass in der Praxis dadurch der Eindruck entstehen könnte, dass die unbedingte Wahrung des Seelsorgegeheimnisses mittlerweile an Bedeutung verloren hätte und im Zweifelsfall nicht mehr beachtet werden müsste. Einer solchen Fehlinterpretation sollte vorgebeugt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter des Katholischen Büros

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserblich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">BDK-LV Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Greschwißer-Scholl-Str. 45</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		BDK-LV Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Greschwißer-Scholl-Str. 45	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		BDK-LV Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Greschwißer-Scholl-Str. 45									
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	gewerkschaftl. Berufsverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe Anlage	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 09.09.21	



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Thüringen

BDK Landesverband Thüringen | Geschwister-Scholl-Straße 45 | D-99085 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1491

zu Drs. 7/3153

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
-Drucksache 7/3153-

Ihr/e Zeichen/Nachricht vom

Ihr/e Ansprechpartner/in

Funktion
Landesvorsitzender

E-Mail
lv.thueringen@bdk.de

Telefon
+49 (0)1629289315

Telefax
+49 (0)

Rudolstadt, 09.09.2021

hier: Stellungnahme des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Thüringen, (BDK LV Thüringen) im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BDK LV Thüringen bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Anhörungsverfahrens eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes abzugeben.

I. Allgemeines

In der Gesamtschau bleibt aus unserer Sicht zunächst festzustellen, dass der bislang verstrichene Zeitraum zwischen dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 21.11.2012 und der bis zum heutigen Tag durch den Gesetzgeber noch immer nicht erfolgten Neunormierung im Sinne des genannten Urteils als mindestens kritisch bezeichnet werden muss.



Darüber hinaus ist der BDK Thüringen nicht der hinsichtlich Problemstellung und Regelungsbedürfnis dargestellten Ansicht, dass „eine umfassende und vor allem ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Polizei dieselben Ermittlungsergebnisse erzielen kann, die durch die erweiterten Eingriffsrechte im Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei ermöglicht werden sollen.“

Selbstverständlich widerspricht der BDK Thüringen nicht dem Erfordernis einer „umfassenden und vor allem ausreichenden finanziellen und personellen Ausstattung“ der Thüringer Polizei, eine solche Forderung findet die uneingeschränkte Unterstützung des BDK.

Aber selbst eine in allen Belangen gut und ausreichend ausgestattete Polizei kann und wird keine guten Ermittlungsergebnisse erzielen, wenn das ihr zur Verfügung stehende Werkzeug rechtlich mangelbehaftet und, zumindest in Teilen, aus rechtstaatlicher Sicht fragwürdig bzw. verfassungswidrig ist.

II. Neuregelungen im Einzelnen, Artikel 1

1. zu § 12 Absatz 1 Satz 1

Die Einfügung des Begriffs „konkrete“ stellt lediglich eine Konkretisierung im wörtlichen Sinne dar, da im bisherigen Gesetzestext bereits von der Abwehr einer „im einzelnen Falle bestehenden Gefahr...“ die Rede ist. (konkrete Gefahr = die im einzelnen Fall bestehende Gefahr)

Insofern ist dies keine Neuerung, sondern es handelt sich hier um eine Manifestation im Sinne der Normenklarheit.

2. zu § 19 Absatz 1 Nr.2 Buchstabe c)

Die Einfügung des Begriffs „alsbald“ führt nicht zu der vermutlich gewünschten, zeitlichen Konkretisierung.



„Als bald“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, dessen zeitliche Komponente aus hiesiger Sicht mehr Interpretationsspielraum eröffnet, als die bisher gültige Norm zulässt.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Beschluss vom 17. September 2003 (BVerwG 8 B. 123.03) unter „als bald“ einen Zeitraum von zwei Monaten verstanden. Eine derart lange Frist im Zusammenhang mit einer potenziellen Wiederholungsgefahr, die eine Ingewahrsamnahme rechtfertigt, kann aus hiesiger Sicht nicht gemeint und gewollt sein.

Es wird angeregt, auf diese Einfügung zu verzichten, die bisher gültige Regelung wird für ausreichend erachtet.

3. zu § 21, Ergänzungen der Absätze 5 und 6

Die geplanten Ergänzungen werden begrüßt. Sobald die technischen Voraussetzungen in den Gewahrsamsräumen der Polizeidienststellen geschaffen wurden, können z.B. Suizidversuche von in Gewahrsam genommenen Personen zeitnah erkannt und verhindert werden. Fälle wie der des im Gewahrsam der Polizei Dessau (Sachsen-Anhalt) verstorbenen Oury Jalloh ließen sich zeitnah und gerichtsverwertbar aufklären.

Aus hiesiger Sicht müsste zusätzlich eine Regelung zum Schutz von Berufsgeheimnisträgern eingefügt werden, sofern durch die grundsätzlich zulässigen Bild- und Tonaufzeichnungen in ein durch ein Berufsgeheimnis nach §§ 53, 53a StPO geschütztes Vertrauensverhältnis eingegriffen würde, es sei denn, die Maßnahme (Gewahrsam) richtet sich gegen den Berufsgeheimnisträger selbst.

4. zu § 34

4.1. § 34 Absatz 1

Die Einführung bzw. Klarstellung des Gefahrenbegriffs der „konkreten“ Gefahr im Zusammenhang mit den sich aus der Norm ergebenden möglichen polizeilichen Maßnahmen und den damit verbundenen, nicht unerheblichen Grundrechtseingriffen, wird begrüßt.



Im vorliegenden Gesetzentwurf erfolgt jedoch auch die komplette Streichung der 3. Alternative der derzeit gültigen Norm.

Momentan sind die Maßnahmen aus der Vorschrift auch „zur Abwehr einer gemeinen Gefahr für Sachen“ möglich.

Zukünftig fehlt dieser Handlungsspielraum vollständig, dies kann hier nicht nachvollzogen werden und unserer Auffassung nach auch nicht gewollt sein.

Sachliche Gründe für eine derartige Reduzierung sind momentan nicht erkennbar.

Es wird angeregt, die genannte Alternative zur Abwehr einer Gefahr für Sachen der derzeit gültigen Fassung beizubehalten, gegebenenfalls könnte der Sachwert noch konkretisiert werden (z.B. Sache von bedeutendem Wert).

4.2. § 34 Absatz 3

Im vorliegenden Entwurf des § 34 Abs. 3 Satz 1 wird nunmehr auch zusätzlich der unter einer Legende ermittelnde Polizeibeamte nach § 34 Absatz 2 Nr. 3 (verdeckter Ermittler) genannt und von den Restriktionen hinsichtlich des Kernbereichsschutzes der privaten Lebensgestaltung bzw. des Schutzes des Berufsgeheimnisses tangiert.

Demnach müsste der verdeckte Ermittler bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen die unmittelbare Kenntnisaufnahme unverzüglich unterbrechen.

Diese restriktive Regelung kann zur Gefährdung der Legende und damit der Person des verdeckt ermittelnden Polizeibeamten führen. Der verdeckte Ermittler kann sich weder „unverzüglich unterbrechen“ noch z.B. den Raum oder ein Kraftfahrzeug unverzüglich verlassen.

Es wird daher angeregt, den Kernbereichsschutz bzw. den Schutz des Vertrauensverhältnisses von Berufsgeheimnisträgern in Bezug auf die unverzügliche Unterbrechung des Einsatzes nicht auf verdeckte Ermittler auszudehnen. Die Regelungen über die Verwertbarkeit derartig gewonnener Erkenntnisse bleiben hiervon unberührt.



4.3. § 34 Absatz 4

Die weitergehende Konkretisierung der Anordnungsbefugnisse wird begrüßt. Das Verwertungsverbot bei fehlender richterlicher Bestätigung der Anordnung aufgrund Gefahr im Verzug durch die Behördenleiter bzw. die besonders beauftragten Polizeibeamten wird ebenfalls begrüßt.

Die Reduzierung der Anordnungsdauer der Maßnahmen von derzeit maximal möglichen drei Monaten auf einen Monat sowohl bei erstmaliger Anordnung als auch bei Verlängerungen wird kritisch gesehen und ist aus unserer Sicht sachlich nicht angezeigt.

Im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens werden bei den Gerichten die Maßnahmen an sich als auch die Anordnungsdauer geprüft und gegebenenfalls auch kürzer festgelegt.

Es wird angeregt, die bislang gültigen Fristen von maximal drei Monaten beizubehalten.

4.4. § 34 Absatz 7

Der neu geschaffene Absatz 7 regelt die Ausgestaltung des Einsatzes von Vertrauenspersonen nach § 34 Absatz 2 Nr.5 PAG und wird im Sinne der Normenklarheit grundsätzlich begrüßt.

Der Ausschluss von Mandatsträgern in der Funktion als Mitglied der Führungsebene als Vertrauenspersonen dürfte Ausfluss aus dem NPD-Verbotsverfahren sein.

Der vollständige Ausschluss von Mitarbeitern von Parlamentariern (§ 34 Abs. 7 Nr. 3 PAG) als Vertrauenspersonen wird jedoch kritisch gesehen.

Es wird angeregt, auf den Ausschluss von Mitarbeitern von Parlamentariern als Vertrauenspersonen zu verzichten.



5. zu § 34a

5.1. § 34a Absatz 1

Entgegen dem bislang geltenden Gesetzestext (lediglich allgemeiner Begriff „Gefahr“) und dem im vorliegenden Entwurf in § 12 Absatz 1 eingeführten Begriff „konkrete“ wird hier nunmehr eine „gegenwärtige“ Gefahr als Eingriffsschwelle vorausgesetzt.

Dies ist in Anbetracht des sodann zulässigen Grundrechtseingriffs mit besonderer Intensität grundsätzlich zu begrüßen und dient insofern auch der Normenklarheit.

Allerdings ist auch hier an dieser Stelle im Entwurf die Gefahr gegen Sachen aus dem bisher gültigen Gesetzestext ersatzlos gestrichen worden.

Insofern wird auf die Ausführungen unter Punkt 4.1. verwiesen und angeregt, die Maßnahmen auch zu Abwehr von gegenwärtigen Gefahren für Sachen zuzulassen.

Darüber hinaus wurde im Entwurf in § 34 a Absatz 1 Satz 3 das in der derzeit gültigen Fassung vorhandene Wort „allein“ durch „überwiegend“ ersetzt.

Es wird angeregt, diese Änderung nicht vorzunehmen und es an dieser Stelle beim alten Gesetzestext zu belassen.

5.2. § 34 a Absätze 2 bis 5

Die Normierungen werden begrüßt, insbesondere die Regelungen, dass die gewonnenen Aufzeichnungen bei Zweifeln hinsichtlich der Verwertbarkeit unter den Richtervorbehalt gestellt werden.

Hinsichtlich der Anordnungskompetenzen wird auf die Ausführungen unter Punkt 4.3. verwiesen. Die Außerkraftsetzung der Anordnung der Maßnahme bei fehlender richterlicher Bestätigung und damit verbundene Unverwertbarkeit der aus der Maßnahme gewonnenen Erkenntnisse wird ebenfalls begrüßt.

Zu einer Befristung der Maßnahme per se auf einen Monat wird ebenfalls auf die Ausführungen unter 4.3. verwiesen.



6. zu § 34b

Die Regelungen werden begrüßt, bezüglich des geänderten Gefahrenbegriffs „gegenwärtige Gefahr“ als Eingriffsschwelle wird auf die Stellungnahme unter Punkt 5.1. verwiesen.

7. zu § 34c

Die Regelungen werden begrüßt, bezüglich des geänderten Gefahrenbegriffs „gegenwärtige Gefahr“ als Eingriffsschwelle wird auf die Stellungnahme unter Punkt 5.1. verwiesen.

8. zu § 34d

Die Regelungen werden begrüßt, die Unterstellung der Maßnahme unter den generellen Richtervorbehalt sowie die zeitliche Beschränkung ist angesichts der Schwere des Eingriffs gerechtfertigt, wobei Eilanordnungs Kompetenzen im Fall Gefahr im Verzug für Behördenleiter der Thüringer Polizei (LPD, LKA) gegeben sind.

9. zu § 34e

Die Regelungen werden begrüßt. Bezüglich des geänderten Gefahrenbegriffs „gegenwärtige Gefahr“ als Eingriffsschwelle wird auf die Stellungnahme unter Punkt 5.1. verwiesen, die Maßnahme ist darüber hinaus auch zur Abwehr einer „gemeinen Gefahr“ möglich.

10. zu § 35

Die Regelungen werden begrüßt. Bezüglich des geänderten Gefahrenbegriffs „gegenwärtige Gefahr“ als Eingriffsschwelle wird auf die Stellungnahme unter Punkt 5.1. verwiesen.



11. zu § 36

Die Regelungen werden überwiegend begrüßt.

Eine Verlängerung des Aufschubs der Benachrichtigung des Betroffenen auch über 5 Jahre hinaus muss jedoch im Einzelfall möglich und gewährleistet sein, um die Identität und damit Leib und Leben von verdeckt handelnden Personen (VE, NOEP, VP) zu schützen.

Die im § 36 Abs. 8 vorgeschlagene parlamentarische Kontrolle der von der Polizei auf der Grundlage der §§ 34a bis 35 durchgeführten Maßnahmen wird seitens des BDK Thüringen ausdrücklich begrüßt.

Allerdings bestehen Bedenken, die Kontrolle von der Parlamentarischen Kontrollkommission des Thüringer Landtages ausüben zu lassen.

Aus hiesiger Sicht wäre ein ausschließlich für die Polizei zuständiges Gremium des Thüringer Landtages wünschenswert, das auf der Basis einer noch zu erstellenden Rechtsgrundlage im PAG zusammentritt und sodann die parlamentarische Kontrolle ausübt.

Nach Auffassung des BDK Thüringen ist eine deutliche Trennung der parlamentarischen Kontrolle von Verfassungsschutz und Polizei verfassungsrechtlich und praktisch geboten.

12. zu § 77

Die Regelung wird begrüßt.

13. zu § 78

Die Regelung wird begrüßt.



Hinsichtlich einzelner Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses positioniert sich der BDK Thüringen, sofern nicht schon inhaltlich im Rahmen der bisherigen Stellungnahme beantwortet, wie folgt:

zu 1.)

Der vorliegende Gesetzentwurf stellt eine Verbesserung der derzeit geltenden Rechtslage im Hinblick auf die Stärkung von Bürgerrechten sowie die sprachliche und damit auch inhaltliche Klarheit dar.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird die mit Urteil vom 21.11.2012 vom Thüringer Verfassungsgerichtshof geübte Kritik aufgegriffen und die kritisierten Regelungen einer Änderung zugeführt.

zu 2.)

Aus Sicht des BDK besteht mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem polizeilichen Auftrag zur Gefahrenabwehr und Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und den dafür möglichen Grundrechtseingriffen.

zu 3.)

Ja, eine über den vorliegenden Entwurf hinausgehende Notwendigkeit zum Schutz von Berufsgeheimnisträgern ist derzeit nicht erkennbar.

zu 6.)

Ja, siehe auch die obigen Ausführungen unter Nummer 11. zu § 36 Absatz 8.

zu 7.)

In Anbetracht der Tatsache, dass nunmehr in allen Bundesländern bis auf Thüringen und Berlin entsprechende gesetzliche Regelungen in den jeweiligen Polizeigesetzen bestehen, scheint eine Eilzuständigkeit für Vollzugskräfte der Zollverwaltung erforderlich und notwendig.



Abschließend wird darauf hingewiesen, dass sich im vorliegenden Gesetzentwurf keinerlei Regelungen zum Einsatz von körpernah getragenen Geräten für Bild- und Tonaufzeichnungen (sogenannte Body-Cams) finden.

Aus Sicht des BDK Thüringen ist, nachdem sich in mehreren Modellversuchen in den vergangenen Jahren die Vorteile der Nutzung dieser Technologie herausgestellt hat, die Zeit für die Einführung „reif“.

Dafür sind aber spezialgesetzliche Regelungen für die Datenerhebung und den Umgang (Speicherung, Verwertung etc.) erforderlich.

Einer Veröffentlichung unserer Stellungnahme steht nichts entgegen.
(Für den Landesverband)

Amt. Landesvorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>BILDUNGS-EINRICHTUNGEN THÜRINGER POLIZEI</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>FRIEDENSSIEDLUNG 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98617 MEININGEN</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		BILDUNGS-EINRICHTUNGEN THÜRINGER POLIZEI	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	FRIEDENSSIEDLUNG 6	Postleitzahl, Ort	98617 MEININGEN
Name	Organisationsform										
	BILDUNGS-EINRICHTUNGEN THÜRINGER POLIZEI										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	FRIEDENSSIEDLUNG 6										
Postleitzahl, Ort	98617 MEININGEN										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	STUDIUM, AUSBILDUNG UND FORTBILDUNG IN DER THÜRINGER POLIZEI	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
<input checked="" type="checkbox"/>	ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
MEININGEN, 29.09.2021	



THUR. LANDTAG POST
10.09.2021 07:14

2231412021

Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung - Fachbereich Polizei
Friedenssiedlung 6 · 98617 Meiningen

- nur per E-Mail -

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuch-Straße 1
99096 Erfurt
nachrichtlich: TMIK, Abt. 4, Referat 46

Gesetz zur Änderung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
- Drucksache 7/3153 -
Anhörungsverfahren nach § 79 GO-Thüringer Landtag;
Erlass des Thüringer Landtags vom 22. Juli 2021

Mit Bezugsschreiben bittet der Ausschuss hinsichtlich o. a. Thematik um die
Auffassung der Leiterin der Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei.

Für diesem Hintergrund wird wie folgt ausgeführt:

Zu Art. 1 Ziffer 1:

Das Präzisieren der Tatbestandsvoraussetzungen des § 12 Abs. 1 PAG auf eine bestehende „konkrete Gefahr“ ist entbehrlich. Sofern die Eingriffsbefugnisse im PAG nicht eine besondere Gefahrenlage erfordern, muss mindestens eine konkrete Gefahr als Eingriffsschwelle gegeben sein. Die Änderung des Gefahrenbegriffs in § 12 PAG würde einen Interpretationsspielraum des Gefahrenbegriffs in anderen Befugnisnormen eröffnen und damit zu Anwendungsunsicherheiten führen können, bei denen diese Konkretisierung nicht vorliegt (so z.B. §§ 14 Abs. 1 Nr. 1, 18 Abs. 1 PAG).

Zu Art. 1 Ziffer 2:

Der Gesetzestext fordert als Voraussetzung für einen Präventivgewahrsam gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 PAG „[...] die unmittelbar bevorstehende Begehung [...] einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung“. Damit ist genau die in der Begründung zum Entwurf geforderte Formulierung bereits in der aktuellen Fassung enthalten.

Bei § 19 Abs. 1 Nr. 2 lit. a bis c PAG handelt es sich lediglich um Kriterien, die für das Vorliegen der Voraussetzung sprechen.¹

Ein Gewahrsam ist immer eine Freiheitsentziehung im Sinne von Art. 2 Abs. 2 S. 2 und 104 Abs. 2 GG. Es handelt sich um einen schwerwiegenden

Ihr/-e Ansprechpartner/-in
Die Leiterin

poststelle.bz@
polizei.thueringen.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
22.07.2021

Unser Zeichen

Meiningen
7. September 2021



Thüringer Fachhochschule
für öffentliche Verwaltung,
Fachbereich Polizei
Friedenssiedlung 6
98617 Meiningen

[www.polizei.thueringen.de/
bildungseinrichtungen](http://www.polizei.thueringen.de/bildungseinrichtungen)

Datenschutzinformationen
Informationen zum Umgang mit
Ihren Daten durch die Fachhoch-
schule für öffentliche Verwaltung,
Fachbereich Polizei, finden Sie im
Internet unter:

[www.polizei.thueringen.de/
bildungseinrichtungen/
datenschutz](http://www.polizei.thueringen.de/bildungseinrichtungen/datenschutz)

Auf Wunsch übersenden wir Ihnen
eine Papierfassung.

¹ So auch *Ebert/Seel/Joel*, PAG-Kommentar, § 19 Rn. 29.

Grundrechtseingriff, bei dem die Verhältnismäßigkeit in besonderem Maße zu berücksichtigen ist. Der Gesetzgeber betont das dadurch, dass der Gewahrsam „unerlässlich“ sein muss. Für den Gewahrsam bedeutet das, dass diese Maßnahme nur dann rechtmäßig ist, wenn die Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit gegeben sind. Für den Gewahrsam heißt das, dass der Adressat der Maßnahme die Gelegenheit bekommen muss, sein Verhalten zu ändern und andere Maßnahmen müssen ausgeschöpft sein oder keinen Erfolg versprechen. Außerdem muss die Freiheitsentziehung in Bezug auf den zu erwartenden Schaden angemessen sein.

In der Begründung wird angemerkt, dass die Formulierung nicht den Anforderungen von Art. 5 Abs. 1 S. 2 lit. c Var. 2 EMRK entsprechen würde. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat jedoch im Jahr 2013 festgestellt, dass eine Freiheitsentziehung nach Art. 5 Abs. 1 S. 2 lit. c Var. 2 EMRK nur in Verbindung mit einem Strafverfahren zulässig ist.² So fällt z.B. die Untersuchungshaft unter diese Vorschrift.

Die präventive Freiheitsentziehung wird vielmehr durch Art. 5 Abs. 1 S. 2 lit. b Var. 2 EMRK ermöglicht.³ Diese Vorschrift erlaubt eine Freiheitsentziehung zur „Erzwingung der Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung“. Hierbei werden Fälle erfasst, in denen es gesetzlich zulässig ist, einer Person die Freiheit zu entziehen, um sie dazu zu zwingen, eine ihr obliegende bestimmte und konkrete Verpflichtung zu erfüllen, der sie bisher noch nicht nachgekommen ist. Darunter fällt auch die Verpflichtung, den Frieden zu wahren, indem eine örtlich und zeitlich hinreichend bestimmte Straftat weder verabredet noch daran teilgenommen wird. Damit ist ein Präventivgewahrsam auch nach der EMRK grundsätzlich zulässig.

Eine Änderung von § 19 PAG erscheint nicht notwendig.

Zu Art. 1 Ziffer 3:

Durch die beabsichtigte Einfügung des § 21 Abs. 5 PAG soll ermöglicht werden, dass Personen im polizeilichen Gewahrsam mittels Bildübertragung beobachtet werden können, wenn dies zu ihrem Schutz, zum Schutz des zur Durchführung des Gewahrsams eingesetzten Personals oder zur Verhütung von Straftaten in polizeilich genutzten Räumen erforderlich ist.

Solche Maßnahmen könnten möglicher Weise de lege lata auf § 21 Abs. 3 S. 3 PAG gestützt werden. Nach dieser Norm dürfen festgehaltenen Personen nur Beschränkungen auferlegt werden, die der Zweck der Freiheitsentziehung oder die Ordnung im Gewahrsam erfordern. Ob es sich dabei um eine Eingriffsbefugnis handelt, ist zumindest umstritten.⁴ Die Landesregierung hat bereits im Jahre 2014 angemerkt, dass die Anfertigung von Videoaufnahmen aufgrund von § 21 Abs. 3 S. 3 PAG möglicherweise nicht mehr den durch die Rechtsprechung entwickelten Grundanforderungen für Eingriffe in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung entspricht.⁵

² EGMR, NVwZ 2014, S. 43, 44.

³ EGMR, NVwZ 2014, S. 43, 45.

⁴ Dagegen Wehr, BPolG-Kommentar, § 41 Rn. 5.

⁵ LT-Drs. 5/8084, S. 12 f.

Es besteht die Möglichkeit, dass es im polizeilichen Gewahrsam zur Selbstgefährdung bis hin zu tödlichen Ausgängen kommen kann. Das können Personen sein, die bereits zu ihrem eigenen Schutz in Gewahrsam genommen wurden. Es gibt aber auch Personen, die erst im Gewahrsam den Entschluss zur Selbstverletzung bzw. Selbsttötung fassen oder die aufgrund anderer körperlicher Probleme besonders beobachtet werden sollten.

Insofern wird hier ein Regelungsbedürfnis für die Videobeobachtung gesehen.

Ob über den Schutz der in Gewahrsam genommenen Person hinaus, weitere Gründe die Videobeobachtung rechtfertigen, erscheint in Anbetracht der Schwere des Grundrechtseingriffs sehr fraglich. Der Entwurf enthält keine Begründung zu der Regelung, so dass zu den Beweggründen der Verfasser keine weitere Stellung genommen werden kann.

Die im Entwurf vorgeschlagenen Regelungen in § 21 Abs. 5 und 6 PAG sind in sich nicht schlüssig. Im Abs. 5 wird lediglich die Videobeobachtung erlaubt. Bei der Videobeobachtung wird die Bildaufnahme in Echtzeit von einem Beobachter gesichtet. In Abs. 6 wird aber auch auf dem Umgang mit Bild- und Tonaufzeichnung Bezug genommen. Die Aufzeichnung von Bild und Ton ist ein weiterer Datenverarbeitungsvorgang, der einer eigenen Rechtsgrundlage bedarf.⁶ Diese Rechtsgrundlage ist in Abs. 5 nicht vorgesehen. Da hier die Ausweitung der Videobeobachtung über den Zweck des Schutzes der in Gewahrsam befindlichen Person hinaus kritisch gesehen wird, erscheint eine Aufzeichnung der Bildaufnahmen nicht notwendig.

Die Verwertung von Aufnahmen zur Behebung einer Beweisnot in einem zivilrechtlichen Verfahren ist in Anbetracht der polizeilichen Aufgaben abwegig. Außerdem wird das praktische Bedürfnis nicht gesehen.

Daher werden die Regelungen in Abs. 6 als entbehrlich angesehen.

Zu Art. 1 Ziffer 4:

Die Änderung des Gesetzestextes durch Einfügung des Wortes „konkret“ vor den Gefahrenbegriff ist entbehrlich. Hier gilt, wie unter Ziffer 1 bereits festgestellt, dass mindestens eine konkrete Gefahr als Eingriffsschwelle gegeben sein muss. Da es sich hier um eine Ermächtigungsgrundlage handelt, ist Tatbestandsvoraussetzung eine konkrete Gefahr.⁷ Daher scheint diese Änderung entbehrlich.

Durch § 34 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 PAG werden Datenerhebungen beim sogenannten Nachrichtenmittler⁸ ermöglicht. Die Norm entspricht § 100a Abs. 3 StPO. Da der Nachrichtenmittler rechtlich kein Störer ist, sind bei diesem Grundrechtseingriff besondere Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit zu stellen. Die Maßnahme muss zwingend erforderlich sein. Das ist der Fall, wenn ohne die Datenerhebung die Gefahrenabwehr unmöglich oder wesentlich

⁶ So auch zur entsprechenden Regelung in Hessen *Leggereit* in Möstl/Bäuerle, HSOG, § 34 Rn. 18.

⁷ So auch *Ebert/Seel/Joel*, PAG-Kommentar, § 34 Rn. 7.

⁸ Der Begriff wird so vom BVerfG verwendet, z.B. BVerfG, Urteil vom 19. Mai 2020, Az. 1 BvR 2835/17, Rn. 187.

erschwert wäre.⁹ Daher ist es kaum vorstellbar, dass der Postbote rechtmäßiger Weise den gleichen Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt wird, wie der Störer.

Problematisch an der vorgeschlagenen Regelung ist, dass das bewusste Zusammenwirken mit dem Verantwortlichen, faktisch nur durch eine Befragung des Nachrichtenmittlers festzustellen wäre. Die besonderen Mittel der Datenerhebung sind aber gerade keine offenen Datenerhebungen.

§ 34 Abs. 1 S. 2 PAG statuiert ein Erhebungsverbot für besondere Mittel der Datenerhebung, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass allein Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erlangt würden. Das Erhebungsverbot bedeutet nicht, dass diese Maßnahmen schon deshalb von vornherein unterlassen werden müssen, weil auch Tatsachen miterfasst werden können, die den Kernbereich des Persönlichkeitsrechts berühren. Für die entsprechende Norm im Strafverfahrensrecht (§ 100d Abs. 1 StPO) hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass Datenerhebungsmaßnahmen nicht schon deshalb von vornherein unterlassen werden, weil auch Tatsachen miterfasst werden, die auch den Kernbereich des Persönlichkeitsrechts berühren.¹⁰ Der Kernbereichsschutz ist durch einen hinreichenden Grundrechtsschutz in der Auswertungsphase sicherzustellen.

Insofern genügt der Wortlaut der derzeitigen Fassung des PAG der Rechtsprechung.

In § 34 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 PAG soll der Zusatz „[...] und kein unmittelbarer Bezug zu den in Absatz 1 genannten Gefahren besteht [...]“ gestrichen werden. Hier hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass der Gesetzgeber in der Regel nicht verpflichtet ist, bestimmte Personengruppen von Überwachungsmaßnahmen von vornherein gänzlich auszunehmen.¹¹ Vielmehr verbleibt dem Gesetzgeber bei der Abgrenzung und Ausgestaltung der zu schützenden Vertraulichkeitsbeziehungen ein Gestaltungsspielraum. Dabei ist das öffentliche Interesse an einer effektiven Gefahrenabwehr in Ausgleich zu bringen mit dem Gewicht, dass die Maßnahmen gegenüber auf besondere Vertraulichkeit verwiesenen Berufsgeheimnisträgern entfallen. Die Kommunikation, die sich unmittelbar auf Straftaten bezieht, ist nicht geschützt, selbst wenn sie auch Höchstpersönliches zum Gegenstand hat.¹² Die Besprechung und Planung von Straftaten gehört ihrem Inhalt nach nicht zum Kernbereich privater Lebensgestaltung, sondern hat Sozialbezug. Der Gesetzgeber hat hier von seinem Gestaltungsspielraum Gebrauch gemacht. Das PAG dient einer effektiven Gefahrenabwehr. Ob die erlangten Informationen in einem etwaigen Strafprozess verwendet werden dürfen, wird durch die entsprechenden Vorschriften der StPO geregelt.

Die im Entwurf vorgesehene Änderung von § 34 Abs. 4 S. 2 PAG, dass die Maßnahme bei Gefahr im Verzug nur noch dann durch einen besonders be-

⁹ Ebert/Seel/Joel, PAG-Kommentar, § 34 Rn. 12.

¹⁰ BVerfG, Urteil vom 12.10.2011, Az. 2 BvR 236/08, Rn. 216 ff.

¹¹ BVerfG, Urteil vom 20.04.2016, Az. 1 BvR 966/09, Rn. 132 f.

¹² BVerfG, Urteil vom 20.04.2016, Az. 1 BvR 966/09, Rn. 122.

auftragten Polizeivollzugsbeamten des höheren Dienstes angeordnet werden darf, wenn die genannten Behördenleiter verhindert sind, wird nicht begründet. Es ist nicht klar, wann eine Verhinderung gegeben sein soll, so dass es hier an der Normklarheit fehlt.

Eine nähere Regelung zum Einsatz von Vertrauenspersonen hat beispielsweise Niedersachsen in § 36 NPOG aufgenommen. Anlass für die Regelung war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKAG.¹³

Zu Art. 1 Ziffer 5:

Der Entwurf fordert als Eingriffsschwelle für die Überwachung der Telekommunikation in § 34a Abs. 1 S. 1 PAG eine gegenwärtige Gefahr. Nach derzeit geltendem Recht bedarf es einer konkreten Gefahr. In Anbetracht der hochrangigen geschützten Rechtsgüter erscheint eine konkrete Gefahr als Eingriffsschwelle sinnvoller, da nur so eine effektive Gefahrenabwehr in Folge der erlangten Kenntnisse gewährleistet werden kann.

Zum Kernbereichsschutz und dem Schutz von Berufsgeheimnisträgern: siehe Anmerkungen zu Art. 1 Ziffer 4.

Zu Art. 1 Ziffer 6 und 7:

Siehe Anmerkungen zu Art. 1 Ziffern 4 und 5.

Zu Art. 1 Ziffer 8:

Durch den Entwurf soll die Unterbrechung und Verhinderung der Telekommunikation unter einen Richtervorbehalt gestellt werden. Zu bedenken ist hier, dass der Einsatz dieser Maßnahme nur bei einer gegenwärtigen Gefahr für besonders gewichtige Rechtsgüter zum Einsatz kommen darf. Die Maßnahme könnte zum Beispiel zum Einsatz kommen, um die Kommunikation eines Geiselnahmens mit der Außenwelt zu unterbinden. In solchen Lagen müssen die Entscheidungen häufig sofort getroffen werden.

Der Entwurf enthält aber auch eine Möglichkeit der Anordnung durch die Behördenleiter bei Gefahr im Verzug, so dass diese Regelung grundsätzlich bedenkenswert ist. Auch die Verkürzung der Maßnahme von bisher drei Tagen auf 24 Stunden ist aufgrund der Tiefe des Grundrechtseingriffs zu überlegen.

Die Begründung zur Ziffer 8 entspricht teilweise nicht den vorgeschlagenen Änderungen.

Zu Art. 1 Ziffer 9:

Hier fehlt zum Teil eine Begründung für die vorgeschlagenen Änderungen.

Es ist nicht ersichtlich, wie in der vorgeschlagenen Änderung der Schutz der Berufsgeheimnisträger geändert werden soll.

Einen Richtervorbehalt enthält die Regelung bereits.

¹³ Näheres bei *Wellhausen*, in Möstl/Weiner, NPOG, § 36 Rn. 1 ff.
Seite 5 von 6

Zu Art. 1 Ziffer 10:

Der bisher verwendete Begriff der dringenden Gefahr stammt aus Art. 13 Abs. 4 S. 1 GG und ist dort als Voraussetzung für den Einsatz von technischen Mitteln bei der Wohnraumüberwachung vorgesehen. Deshalb sollte die Begrifflichkeit auch weiterhin in § 35 PAG Verwendung finden.

Warum die ausschließlich automatisierte Datenerhebung nicht zulässig sein soll, erschließt sich nicht und wird im Entwurf auch nicht begründet.

Zu Art. 1 Ziffer 11:

Zur Änderung des Schutzes von Berufsgeheimnisträgern: siehe Anmerkungen zu Art. 1 Ziffer 4.

Die Neuregelung von § 36 Abs. 4 PAG erscheint in sich nicht konsistent. Laut der Begründung soll der Ausschluss der Benachrichtigungspflicht in Bezug auf den Schutz verdeckt handelnder Personen eingeschränkt werden. In der Neufassung wird aber der erfasste Personenkreis gegenüber der derzeitigen Fassung sogar erweitert.

Bereits jetzt ist nach der Kommentarliteratur eine Zurückstellung der Benachrichtigung nur möglich, wenn neben der Unmöglichkeit des weiteren Einsatzes der Person zusätzliche Gefahren bestehen.¹⁴

Literaturverzeichnis

Ebert, Frank / Seel, Lothar / Joel, Heiko, Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei – Kommentar, 8. Auflage, Wiesbaden, 2019.

Möstl, Markus / Bäuerle, Michael (Hrsg.), BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Hessen, 22. Edition, 2021.

Möstl, Markus / Weiner, Bernhard (Hrsg.), BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Niedersachsen, 19. Edition, 2021.

Wehr, Matthias, Bundespolizeigesetz – NomosKommentar, 2. Auflage, 2015.

¹⁴ *Ebert/Seel/Joel*, PAG-Kommentar, § 36 Rn. 30 f.
Seite 6 von 6

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen,

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3153 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>Amtsgericht Altenburg</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Burgstraße 11</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>04600 Altenburg</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Amtsgericht Altenburg</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Burgstraße 11</i>	Postleitzahl, Ort	<i>04600 Altenburg</i>
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Amtsgericht Altenburg</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Burgstraße 11</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>04600 Altenburg</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Amtsgerichtsverwaltung / Richterliche Tätigkeit</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>- Ausbau der personellen Kapazitäten bei Gerichten</i> <i>- Bündelung richterlicher Maßnahmen bei LG/OLG</i> <i>- Schneller und sicherer Datenaustausch erforderlich</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Altenburg, den - 4. Nov. 2021	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)